

Überdecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überdecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Beilage oder deren Raum 70 Bg., Verlagsanfragen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Bg., auswärtige Anzeigen 70 Bg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 250.

Sonnabend, den 25. Oktober 1919.

26. Jahrg.

Frankreichs Unast und unsere künftige Außenpolitik.

Von Major Ernst Parquin.

Major Parquin, der vor dem Kriege als Generalstabsoffizier Gelegenheit hatte, vieler Herren Länder kennenzulernen und der während des Krieges fünfviertel Jahre als Generalstabschef Halil Paschas im Kaukasus weilte, urteilt hier als Militär von hoher Warte über die Fragen, die die Kapitulation des Friedensvertrages der deutschen Außenpolitik stellt. Red.

Jedes Volk, das in den Weltkrieg eintrat, glaubte für die höhere Sittlichkeit zu stehen. Der Gegner galt als moralisch minderwertig. Die Regierungen aller Nationen bemühten sich, diesen Glauben stets erneut zu vertiefen. Denn der Wille zum opfervollen Siege hing wesentlich davon ab, daß ein Volk von der unbedingten Gerechtigkeit seines Kampfes überzeugt blieb.

Das von Haß und Verleumdung verzerrte Bild des Gegners grub sich tief in die Seele der Völker. Der mit brutaler Gewalt aufgezwungene Frieden hat noch dazu jede verständliche Stimmung im Keime erstickt. Die Handelsblockade ist zwar gemildert, aber die geistige Blockade besteht in unverminderter Schärfe und Bitterkeit fort. Schon jetzt zeigt sich, daß der Friede von Versailles nicht die ersehnte Beruhigung gebracht hat, sondern die Grundlage für eine Reihe neuer und schwerer Konflikte geschaffen hat. Die Unterdrückung jedes Rechtsgefühls hat die Gefahr heraufbeschworen, daß der Völkerhaß sich nur neue Kräfte anschafft. Wenn er wieder zum Ausbruch kommt, dann schaut, wer ihn bemeistern kann!

In allen Völkern stehen die Massen noch vollkommen unter dem Eindruck der jahrelangen Verheerung. Die Grundlage zu einer Verständigung kann nur eine ehrliche, offene und gründliche Aussprache von Presse zu Presse in den verschiedenen Ländern bilden. Alle Gefühlsmomente müssen hinter einer nüchternen und kühlen Betrachtung der Lage zurücktreten.

Die ungeheure Schwere der uns auferlegten Friedensbedingungen beruht in erster Linie auf der Angst Frankreichs vor einem erneuten Rachekrieg Deutschlands. Von dieser Vorstellung ist das französische Volk so befangen, daß es allein durch eine dauernde Anbelagerung unseres Landes sich vor einer Wiederholung der unerhörten Leiden dieses Krieges schützen zu können glaubt. Nur wer die Bewüstung Nordfrankreichs und das erschütternde Elend seiner Bevölkerung in der Schlachtenzone gesehen hat, kann den Schmerz und die Angst jedes Franzosen begreifen. Man ist bei uns allzusehr geneigt, diese Gefühle zu unterschätzen und über der Bitternis der eigenen Niederlage das herbe Leid zu vergessen, das wir gerade Frankreich zugefügt haben.

Die öffentliche Meinung Frankreichs wird in dieser Vorstellung einer erneuten Bedrohung durch Deutschland bestärkt durch den Glauben an die Möglichkeit einer Massenerhebung, wie er unter Hinweis auf das Jahr 1813 von der deutschnationalen und alldeutschen Presse geflüsterlich genährt wird. Es ist dem Franzosen nicht klar, daß diese Haltung der nationalistischen deutschen Presse durch Rücksicht auf die Parteipolitik diktiert wird. Die rechten Parteien sind im Hinblick auf die kommenden Wahlen bemüht, in der urteilslosen, mit den Zeitläuften unzufriedenen Masse den Anschein zu erwecken, als ob eine aus ihren Reihen gebildete Regierung durch eine letzte Drohung mit der Massenerhebung die Bedingungen des Gewaltfriedens hätte mildern können. Im Auslande wird das Mißtrauen gegen uns ferner durch die Vermutung genährt, daß wir die harten Bedingungen der Auflösung unserer alten Wehrmacht durch eine Art Krümpersystem in Form von Einwohnerwehren zu umgehen trachten. Dieses unselige Mißtrauen kann nicht durch schöne Worte, sondern nur durch kritische Betrachtungen der wirklichen Verhältnisse beseitigt werden.

Die gegenwärtige Lage Deutschlands ist mit der Lage Preußens im Jahre 1813 ernsthaft nicht zu vergleichen. Die Volkserhebung erfolgte, als Frankreich 1812 in Rußland vernichtend geschlagen worden war und als sich nahezu ganz Europa gegen Frankreich verbündete. Dieser kurze geschichtliche Hinweis zeigt die Leichtfertigkeit, mit der nationalistische Kreise in unserer aussichtslosen Lage beim Zusammenbruch im Herbst 1918 auf die Volkserhebung 1813 gegen das vereinzelte und geschlagene Frankreich hinweisen.

Die Unsicherheit der innerpolitischen Lage zwingt uns über die geringe Stärke des Heeres Einwohnerehren aufzustellen. Die wechselnde Stärke und die Zusammensetzung aus den verschiedensten Altersklassen und Waffengattungen schließt die Verwendung dieser rein örtlich gebildeten Wehren im Felde aus. Es mag aber zugegeben werden, daß es mit Hilfe dieser Wehren gelingen könnte, im Bedarfsfälle Verbände zusammenzustellen, die den Grundstock für eine Verhärtung des Heeres bilden könnten. Voraussetzung für

eine Eingliederung dieser Verbände in die Reichswehr bleibt aber, daß die starke Abneigung gegen den Heeresdienst überwunden wird.

Wenn wir den aus innerpolitischen Gründen unwahrscheinlichen Fall annehmen, daß zahlreiche Soldaten gewonnen werden und wenn sich Führer im Überflus in den verabschiedeten Offizieren und Unteroffizieren finden, so tritt die Schwierigkeit heran, die nicht zu überwinden ist: die Frage der Versorgung des Heeres.

Der feingegliederte Apparat, durch den die Versorgung des Volksheeres mit allen Bedürfnissen gesichert war, ist mit dem Zusammenbruch unserer Wirtschaft und unserer Armee zertrümmert. Selbst wenn wir annehmen, daß unser Wirtschaftsleben in einigen Jahren wieder erstarbt sein wird, so werden vor allem zwei Gründe jede Vorbereitung eines Rachekrieges unmöglich machen.

Wir können neben dem ungeheuren Geldbedarf auf allen anderen Gebieten die großen Aufwendungen nicht machen, die die Bereitstellung der tausendfältigen Bedürfnisse eines modernen Heeres verlangt. Die Organisation der Kriegsvorbereitung ist nicht mehr möglich, da die militärischen Einrichtungen, vor allem der Große Generalstab, beseitigt sind. Im Verborgenen läßt sich eine solche Riesenorganisation nicht wieder einführen, da sie nicht allein militärisch, sondern nur in steter Berührung mit den Verwaltungsbehörden und den Wirtschaftskreisen arbeiten kann. Je offener wir alle militärischen Angelegenheiten vor unsern ehemaligen Feinden behandeln, desto eher wird das Mißtrauen schwinden, das gegen uns besteht. Die nationalistische Presse kann dem schwer geprägten deutschen Volke keinen größeren Dienst erweisen, als wenn sie das Vaterland über die Partei stellt und sich in allen militärischen Fragen die größte Zurückhaltung auferlegt.

Wir stellen fest, daß Deutschland im günstigsten Falle Menschenmassen aufstellen kann, daß es aber niemals ohne die Hilfe und Unterstützung des Auslandes diese Massen erziehen, bewaffnen, verpflegen und mit allem Nötigen versehen könnte, weil die Rohstoffzufuhr unter der Ueberwältigung unserer früheren Feinde steht. Alles in allem kann Deutschland einen Rachekrieg weder führen noch vorbereiten.

Es könnte der Sache der Verständigung nur dienen, wenn die französische Presse Gegeneinwände brächte. So würde die Möglichkeit gegeben sein, daß Frankreich seine Angst vor einem deutschen Rachekrieg verliert. Hand in Hand damit gehen noch eine Reihe von Fragen, die das künftige Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich betreffen.

Deutsche Nationalversammlung*

Berlin, 24. Oktober 1919

Am Regierungstisch: Müller.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Dr. Herrmann, Bozen (DDP) bringt eine Anfrage über die Abwanderung der Deutschen aus den besetzten Teilen der Provinz Posen. Hierzu führt Geheimrat von Lerchenfeld aus: Die Gesamtzahl der aus den künftigen Abtretungsgebieten ausgewanderten Deutschen dürfte vielleicht 80 000 betragen. Es muß dahin gewirkt werden, daß die Abwanderung unter allen Umständen aufhört, und daß wieder eine Zurückwanderung von Deutschen stattfindet.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Wolkenbühr (SD) über die Verhältnisse im Abstimmungsgebiet Nordschleswig erklärt Geheimrat Legationstraitmann, daß hinsichtlich des Besetzungstermins der ersten Zone, falls die Abstimmung für Dänemark ausfällt, ein Einverständnis erzielt werden dürfte, da sofort ein Zusammenbruch der Verwaltung zu erwarten sei. Eine ordnungsmäßige Uebergabe des Staatseigentums sei nicht ohne weiteres möglich. Die Ernährungswirtschaft lasse sich nicht durchführen, und da die wirtschaftlichen Verhältnisse in der ersten und zweiten Zone in engstem Zusammenhange miteinander stünden, würde ein Chaos eintreten. Die deutsche Regierung müsse jede Verantwortung für etwaige Folgen ablehnen.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Falk (DDP) über Veräuflichung des Handwerks bei der Beschaffung von Zivilanlagen für die heimkehrenden Kriegsgefangenen erklärt ein Regierungsvertreter, daß die Vergebung dieser Arbeiten, soweit sie nicht von den Bekleidungsämtern erledigt werden, durch die einzelnen Länder erfolge, die ihrerseits die in ihren Gebieten wohnhaften Konfektionsarbeiter zahlenmäßig feststellen. Darauf wird die

Stabsberatung des Auswärtigen Amtes

fortgesetzt.
Dr. Heinze (DDP): Der Standpunkt der Parteien bezüglich der inneren Politik darf niemals auf die äußere Politik übertragen werden. Nach außen hin muß Deutschland einig sein. Wir dürfen uns nicht in die innerpolitischen Verhältnisse Rußlands mischen und Beziehungen mit der bolschewistischen Regierung anknüpfen. Die erste Aufgabe unserer Politik überhaupt ist der wirtschaftliche Aufbau unseres Vaterlandes. Die Außenpolitik muß sich in den Dienst dieser Aufgabe stellen. Darum ist vor allen Dingen nötig, eine Revision des Friedensvertrages. Es ist tatsächlich unmöglich, den Friedensvertrag durchzuführen. Aufgabe des Auswärtigen Ministeriums ist es, unsere internationale Lage neu zu regeln. Die Völker müssen besonders darüber aufgeklärt

werden, daß das deutsche Volk den Frieden gewollt hat. Noch will ich hinweisen auf die Fürsorge für unsere Auslandsdeutschen. Die Steuerpolitik muß die Auslandsdeutschen bevorzugen, zumal sie ihren Besitz im Auslande verloren haben. Ich bitte die Regierung, die deutschen Schulen in den Abtretungsgebieten zu schützen. Eine allernächste Aufgabe der Regierung ist es, daß das berückichtigte Volk im Westen, durch das Waren ein- und ausströmen und unser wirtschaftliches Leben schweren Schaden leidet, beseitigt wird. Das Mißtrauen meiner Partei gegen den Unterhandlungsausschuß ist noch nicht beseitigt. Der Reform des diplomatischen Dienstes können wir insofern zu, als nicht mehr ein großes Vermögen für den auswärtigen Dienst nötig sein soll. Für die Besetzung der auswärtigen Posten kann nur Loyalität und Fähigkeit entscheiden. Vor allem müssen unsere auswärtigen Vertreter durchaus fester nationaler Gesinnung sein; denn nur mit entschiedenem Bekenntnis zu Deutschland können wir durch. (Lebh. Beifall rechts.)

Haußmann (DDP): Die Aufgabe des Außenministers war noch nie so schwierig und verantwortungsvoll wie jetzt. Die Partei der Unabhängigen beschwert sich über den Belagerungszustand, aber ihre Forderungen machen außerordentliche Maßregeln nötig. (Sehr richtig!) Die Unabhängigen liefern fortgesetzt die künftigen Waffen der Entente durch die Behauptung, daß wir noch ein großes Heer hätten. Nichts ist unfruchtbarer als die Politik der Unabhängigen und Kommunisten, von denen die Unabhängigen nicht zu scheiden wären. Wir müssen bei allen Stellen Wert auf die Betonung der Einheitsfront legen. Deutschland muß, wenn ihm Gelegenheit gegeben wird, die Arbeiterkonferenz in Washington zu besuchen, von diesem Recht Gebrauch machen. Der frühere Staatssekretär August Müller dürfte, auch wenn er Sozialdemokrat ist, der richtige Mann dafür sein. (Sehr richtig!) Was die Blockade gegen Rußland anlangt, so müssen wir deutlich aussprechen, daß Deutschland der Aufforderung, sich an dieser Hungerblockade zu beteiligen, nicht folgen darf. (Lebh. Zustimmung.) Uns ist dieses Unrecht angetan worden. Beteiligen wir uns an der Blockade, so sanktionieren wir nachträglich dieses gegen uns angewendete Mittel. (Lebhaftes Sehr richtig!) Diese unerhörte Zumutung weisen wir von uns. Den Angriffen auf den Reichspräsidenten Ehrent kann ich mich nicht anschließen, die gegen ihn erhoben wurden, weil er einem fremden Journalisten wegen der Blockade Mitteilung gemacht hätte. In die Logik des Reichspräsidenten können wir keinerlei Zweifel setzen. Bezüglich Rußlands brauchen wir die Hoffnung nicht aufzugeben, daß wir schließlich zu einem Verhältnis guter Nachbarschaft kommen werden, das wir zu ordnen gern bereit sind. Die gleiche Haltung werden wir gegenüber den anderen Kandidaten für richtig halten. Das ganze französische Volk ist in einen Taumel von Friedensfesten gestürzt, der sich an der Volkswirtschaft bitter rächen wird. Immer wieder wird drüber mit der Generalpropaganda Anflug getrieben. Erzählungen Einzelner werden als Gesinnung eines Landes und eines Volkes ausgelegt und mißbraucht, um Haß gegen uns zu säen. Die Polzei ist Mißbrauch und Grausamkeit in den akkupierten Gebieten. Das auswärtige Ministerium sollte dieses Propagandamaterial gewissenhaft untersuchen. Verständigungen Einzelner müssen geführt werden. Dieses Material darf aber nicht zur Zurückhaltung einer halben Million Menschen führen, um damit Expression gegen unser Land auszuüben. Der englische Handelsminister wird bald merken, daß sein Anspruch, die deutsche Wirtschaft zu ruinieren, nicht zutrifft. Der Vorwurf, daß immer noch ein großes Heer gehalten werde, beruht auf einer falschen Denunziation der Unabhängigen. Der niedrige Stand unseres Geldes wirkt auf das ganze Wirtschaftsleben ruind. Auch die Entente und die Neutralen leiden darunter. Man hätte sich zur Herstellung einer gewissen Balance auf eine Balanceaktlinie besinnen sollen, um den Verkehr unter den Völkern auf eine gesunde Basis zu stellen. Mit ihren Maßnahmen in den besetzten Gebieten erreicht die Entente das Gegenteil von dem, was sie nützt. Noch nie haben an der Saar die Herzen so deutsch geschlagen wie jetzt. Auch im Innern sehen wir schon die Erfolge dieser Ententepolitik aufsteigen. In ganz Deutschland ist man heute einiger denn je. In Elbisch-Lothringen hat die Vertreibung der 90 Prozent Deutschen eine Revolution des Geistes hervorgerufen. Wir sehen da von einem neutralistischen Komplotz. Wenn die Elbisch-Lothringer, denen man die Selbstbestimmung versprochen hat, ihren Gebrauch machen wollen, so wird es für ein Komplotz erklärt. Früher waren die Franzosen von der Fiktion durchdrungen, daß die Elbisch-Lothringer Franzosen werden wollten. Jetzt klingt es anders. Oesterreich, das sich jetzt vor einem Jahre wegen Hunger bittend an die Entente gewendet hat, ist soweit gekommen, daß in Wien pro Kopf und Woche nur ein Pund Brot zu stellen verteilt wird. (Hört, hört!) Das ist ein Unrecht gegen die Oesterreicher. Eine andere Wirkung liege aber darin, daß die Oesterreicher die volle Grausamkeit erkennen, sie nicht deutsch werden zu lassen. Wir müssen uns befreien, wieder die europäische Politik mitzumachen. Deutschland ist unentbehrlich für andere Völker. Bei den Neutralen regt sich für Deutschland schon wieder Sympathie, und auch in Frankreich finden sich hervorragende Köpfe zusammen, die sich uns anders gegenüberstellen werden, als wir jetzt erfahren haben. Bei allen diesen Dingen wird die bürgerliche Demokratie eine wichtige Vermittlerrolle zu übernehmen haben. Die Vaterlandsliebe muß sich bei uns wieder stärken. Den deutschen Brüdern im Baltikum, in Ost- und Westpreußen, in Oberschlesien, im Rheinland und an der Saar rufe ich zu: Harret aus! Wir rufen Ihnen allen zu: Kommen wird der Tag, wo dieser unheilvolle Friedensvertrag hinfinken wird, der uns unerhörte Lasten aufbürdet und uns von Oesterreich trennt. Aber wir wollen alle die Bedingungen unserer Feinde gewissenhaft erfüllen; auch diejenigen, die wir nicht erfüllen können, wie sich herausstellen wird. Durch ehrlichen Versuch wollen wir beweisen, daß wir es wollten, daß aber die tatsächliche Unmöglichkeit vorliegt. (Beifall.)

Schulz (DDP): Der Abg. Haußmann hat mir den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit gemacht. Das ist eine grobe Unhöflichkeit und fällt auf den doppelt jüdischen, der einen solchen Vorwurf erhebt.

Cohn (Unabh.): Es ist eine Lebensfrage des deutschen Volkes, was die Regierung positiv mit dem Osten machen will. Der Abgeordnete Haußmann hat kein Wort gefunden gegen das

* Der ausführliche Bericht über die Verhandlungen am Donnerstag befindet sich in der Beilage. Red.

...Anrecht, das immer noch besteht gegenüber den 350 000 zivilisierten Kriegsgefangenen, die auf deutschem Boden festgehalten werden. Ginge der deutschen Regierung es, dafür zu sorgen, daß diese unglücklichen Menschen endlich nach Hause zurückkehren können. Der Redner sucht einige Bemerkungen des Abgeordneten Kaufmann zu widerlegen, wobei er ihm einige Verleumdungen vorwirft. (Ordnungsruf.) In der Wiederaufbaufrage hat sich Deutschland das Verhängnis zu Schulden kommen lassen, daß es nicht für freie Arbeiter gesorgt hat, so daß Frankreich einen Vorwand für die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen hat. Ich weiß aber die Sozialisten Frankreichs darauf hin, daß dieses Verhalten der französischen Regierung dem französischen Volke zum Schaden gereicht; denn dabei ist eine Verleumdung der Wähler niemals möglich. Schließlich frage ich den Minister: Was ist sein Programm für die auswärtige Politik nach dem Osten hin?

Scheidemann (Soz.): Die Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland wurde seinerzeit von dem Volksbeauftragten mit Zustimmung von Kautsky abgelehnt. (Hört, hört!) Es wurde auch beschlossen, daß die Ausreise von russischen Delegierten durch die Arbeiter- und Soldatenräte im Osten verhindert werden sollte. Minister des Auswärtigen Müller: Bei der außerordentlichen Lage Rußlands können wir noch keine klare Außenpolitik treiben. Solange nicht feststeht, ob die Sowjet-Republik noch längere Zeit bestehen wird, können wir uns auf Beziehungen zu Rußland nicht einlassen. Die sogenannte westrussische Regierung haben wir nicht anerkannt. Die deutsche Regierung wünscht nichts sehnlicher, als daß der letzte russische Gefangene den deutschen Boden verläßt; aber die polnische Regierung verweigert den Durchgang. Der hohe Rat in Paris hat vor Kurzem eine besondere Kommission eingeleitet, die über den Rücktransport der russischen Gefangenen aus Deutschland beraten wird. Wir werden uns mit dieser Kommission auseinandersetzen. Einen Zusammenhang der Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich mit der Wiederaufbaufrage lehnt die Reichsregierung ab. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir verlangen schärflich die Rückführung der Gefangenen. Ueber die Behandlung unserer Gefangenen in Frankreich und England haben wir bereits zwei amtliche Publikationen herausgegeben. Leider hat sie die Presse nicht genug ausgenutzt; weitere werden folgen. Die Denkschrift der deutschen Regierung über die Behandlung der Franzosen in Deutschland wird zurzeit geprüft. In den Akten des Auswärtigen Amtes ist nichts darüber zu finden, daß die Proklamation des Königreichs Polen auf Veranlassung Dubendorffs ergangen ist. (Hört, hört! rechts. Lachen links.) Ueber es befinden sich auch für diese Angelegenheiten Akten im Generalstab und anderen Behörden. Ueber der Eindruck bestand damals, daß militärische Rücksichten maßgebend waren. (Bewegung.) Als von Behrmann-Hollweg darüber einen Vortrag hielt, wurde von rechts und links gesagt, der Jued sei doch nur Kanonenfutter für die Armees zu schaffen. Die Stärke der Militärkommissionen herabzusetzen, haben wir mehrfach in Vorkstellungen ohne Erfolg versucht. Das Loch im Westen werden wir hoffentlich bald stopfen können. Wir haben längst unsere Bevollmächtigten für den Austausch der Rottfärbungsunternehmen ernannt. Der Auswärtige Ausschuss soll laufend mit der auswärtigen Politik befaßt werden, schon um eine Reihe von Außenpolitikern im Parlament zu erziehen. (Beifall.)

Damit schließt die allgemeine Debatte. Der zweite Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte wird gegen die Stimmen der Rechten bewilligt.

Im übrigen wird der Haushalt des Auswärtigen Amtes ohne Erörterung bewilligt.

Eine Entschließung des Ausschusses, die eine Erhöhung der Position zur Förderung der Unterrichtsarbeit im Zustande, die mit 18 Millionen ausgestattet ist, im nächsten Jahre mindert, wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts für das Reichsverkehrsministerium in Verbindung mit den Haushalten für die Reichseisenbahnen und die Reichseisenbahnverwaltung.

Hg. Seuermann berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Das Reichseisenbahnamt werde jetzt am 1. April zu beenden aufgehoben und die Verwaltung der Reichseisenbahnen habe mit der Übernahme der elbsch-lothringischen Eisenbahnen durch Frankreich bereits zu bestehen aufgehört. Indessen ist der Haushalt des Reiches noch mit einem erheblichen Betrag für diese Verwaltung belastet. Das Amt wird als selbständiges Amt zu existieren aufhören und auch das Aussenfahrwesen wird in das Verkehrsministerium einbezogen werden. Der Seewetterdienst und der Seegeographischer Dienst fallen auf. Es verbleibt nur noch die Hamburg-Geografie. Das Reichsverkehrsministerium wird weiter umfassen eine Eisenbahn-Verwaltung, die eine unter einem Unterstaatssekretär stehende Abteilung bis zur Grenze der Arbeitsfähigkeit bestehen wird. Eine weitere Abteilung wird das Wasserstraßenwesen zu bearbeiten haben. Wir wünschen, daß Erlasse des Ministers in Zukunft ebenso schnell fassen mögen, wie die Ausnahmeverhandlungen vorangegangen sind.

Auf Wunsch des Reichsverkehrsministers Dr. Bell, der eine längere Prorogation zu halten gedenkt, wird entgegen einem Antrag des Abg. Degetl (D.F.), um 5 1/2 Uhr die Weiterberatung auf Samstag 1 Uhr vertagt.

Verkündung des Friedenszustandes in Frankreich.

Das Amtsblatt veröffentlicht ein Gesetz, wonach vom 24. Oktober ab die Feindseligkeiten ein Ende erreicht haben und der Friedenszustand festgesetzt worden ist.

Serbien unterzeichnet.

Nach Mitteilungen des „Veit Journal“ ist der serbische Minister Trumbitich, der Donnerstag in Paris angekommen ist, dazu ermächtigt worden, den Frieden von St. Germain mit einigen Vorbehalten zu unterzeichnen.

Keine Erleichterung in der Dniep.

21. Frankfurt a. M., 24. Oktober. Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat beabsichtigt nach Prüfung der deutschen Note wegen Ermäßigung der Lebensmittelmaßnahmen im Baltikum keine Änderungen vorzunehmen.

Spanien beteiligt sich an der Blockade Rußlands.

2. U. Madrid, 24. Oktober. Von der spanischen Regierung ist die Note der Entente über die Blockade Rußlands im zunehmenden Sinne aufgenommen worden.

Verstärkung der Besatzungsarmee.

21. Basel, 24. Oktober. Die „Information“ meldet aus Paris: Pariser Stützkräfte für das ganze deutsche besetzte Gebiet eine erhebliche Verstärkung der Stärke der Besatzungsarmee an, welche durch die Arbeiterstreikbewegung notwendig gemacht wird. Die Besatzungsarmee in der Pfalz wird um weitere acht Bataillone vermehrt werden.

Arbeiterstreik in Lothringen.

2. U. Lorschach, 24. Oktober. Der Generalstreik der lothringischen Eisenbahnen ist für diese erfolgreich beendet. Die Besatzungsarmee sowie das Recht auf Organisation wurden

anerkannt. Eine Maßregelung findet nicht statt. Die sofortige Freilassung von 300 Verhafteten sowie der Abzug des Militärs sind zugesichert. Die Forderung der französischen Regierung, freikindende Arbeiter deutscher Nationalität auszuweisen, ist infolge Androhung einer Fortsetzung des Streiks zurückgegeben worden. Der Gasarbeiterstreik in Mülhausen dauert fort.

Ein internationaler Wirtschafts-Organismus.

Nach einer Meldung der „Daily Mail“ nahm die internationalisierte Wirtschaftskonferenz in Atlantic City einen Antrag an, wonach ein internationaler Wirtschaftsorganismus gegründet werden soll, der dem Völkerverbund gleichförmig und die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen regelt. Jedes Land, das dieser neuen Organisation beiträgt, errichtet eine nationale Handelskammer, die zwei Mitglieder für den Rat des wirtschaftlichen Völkerverbundes zu ernennen hat.

Schwere Kämpfe an den russischen Fronten.

Bei der russischen Berliner Zeitung „Prisw“ sind folgende Kampfberichte von den russischen Fronten vom 23. Oktober eingetroffen:

Front des Generals Judenitsch: Der Kampf dauert mit großer Anspannung fort. Der Gegner führt frisch angekommene Truppen ins Gefecht. Südlich von Jaroslavl Selo befehten wir nach scharfem Angriff die Stadt Bawlowitz und verdrängten uns östlich davon. Südlich von Luga befehten wir die Station Kostaja.

Front des Generals Denikin: Niemand ist völlig vor den Bolschewisten gesäubert. Bei Tschernigow erneuerte der Feind seine Angriffe, die er mit großen Verlusten abgeschlossen hat. Im Zentrum wurden wir nach schweren Kämpfen gezwungen, die Stadt Orel aufzugeben. An der ganzen Front östlich von Woronesch heftiger Kampf.

Die Verteidigung Petersburgs.

21. Helsingfors, 24. Oktober. Aus Petersburg wird gemeldet: Die ernste Lage der Sowjetregierung hat alle Parteien vereinigt. Die Vereinigung der ehemaligen Gewerkschaften hat in Moskau auf einem außerordentlichen Kongress beschlossen, mit der Vereinigungskommission im Einvernehmen zu arbeiten.

Rotterdam, 24. Oktober. Reuters Bureau“ meldet: Der Angriff auf Petersburg schreitet fort. Mittwoch morgen war Petersburg in einem Umkreis von 10 Kilometern vollständig umzingelt.

„Associated Press“ meldet aus London, daß Petersburg sich im Aufstand befindet, und daß, wie verlautet, die Gegenrevolution auf die Sowjettruppen an der Front übergreife.

Der Krieg zwischen Serbien und Montenegro.

21. Maran, 24. Oktober. Der Kampf der Montenegriner gegen die Serben dauert an. Um Cetinje und Mogisch haben heftige Kämpfe, in denen die serbischen Truppen teilweise schwere Verluste erlitten haben. Der Kampf wird mit großer Erbitterung geführt. An der Seite der Montenegriner nehmen auch Frauen und Kinder an den Kämpfen teil.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das teure künftige Meer.

Die laufenden Unkosten für das zukünftige neue deutsche Meer von 200 000 Mann werden, wie der Berichterstatter Frig im Reichsrat mitteilte, infolge der hohen Löhne und Kosten der Naturerpflegung 1 Milliarde 100 Millionen Mark betragen, gegen 900 Millionen Mark für 800 000 Mann vor dem Kriege. In Zukunft wird das deutsche Meer aus 63 Bataillonen gegen 600 vor dem Kriege, 7 Divisionen Bataillonen gegen 44 vor dem Kriege und 79 Eskadronen gegen 550 bestehen. Die Infanterie wird ganz verschwinden. Es darf nach dem Friedensvertrage nur eine einzige Zentralbehörde geben: das Reichswehrministerium. Der Reichsrat erteilte dem Entwurf seine Zustimmung.

Kein Staatsbankrott.

Im Reichsministerium sind der „B. Z.“ zufolge die Präsidenten der neu geschaffenen 25 Landesfinanzämter aus dem ganzen Reich zusammengetreten, um über die Durchführung der neuen Steuerorganisations zu beraten. Die Beratung wurde von Erzberger mit einer programmatischen Rede eröffnet, in der er darauf hinwies, daß der Aufbau einer reichseigenen Steuerverwaltung die Segnung des materiellen Schlüssels einer Entwicklung bedeute, an der Jahrhunderte arbeiteten. Wir hätten finanziell eine ganz neue Zeit vor uns: die völlige Steuerhoheit des Reiches. Mit dem Gedanken des Bankrotts könnten unentwickelte Agrarstaaten umgehen, für Deutschland dagegen gab es nur einen Weg, durch einen Ausbau des Steuerwesens zur Sicherung der Finanzen zu kommen. Der Kampf gegen die Umgehung und Hinterziehung von Steuern sei darum eine finanzpolitische Notwendigkeit.

Die bevorstehende „Spaltung“ der „Unabhängigen.“

Sämtliche Organisationen der U. S. P. D., die schon zu ihrem bevorstehenden außerordentlichen Parteitag in Leipzig Stellung genommen haben, — und das ist bereits die große Mehrheit der Partei — haben sich für den sofortigen Austritt aus der zweiten und für den Anschluß an die dritte Internationale erklärt. Daraus schließen viele Parteiführer, daß eine Spaltung der U. S. P. D. bevorstehe: Kautsky, Ströbel und Hilferding könnten das unmöglich mitmachen. Aber die jetzt gegen die dritte Internationale stehen, haben seitherzeit auch mit guten Gründen die Rücktrittsur abgelehnt, und als sie in der Minderheit geblieben waren, haben sie framm den radikalsten Anführer mitgemacht. Nicht anders wird es auch diesmal kommen. Wer sich einmal auf die höchste Ebene der Demagogie begeben hat, muß sich rettungslos die ganze Bahn hinunter.

Zwangsmassnahmen gegen widerpenstige Bauern.

Nachdem alle Versuche, die Gemeinde Niedereisen bei Herau zur freiwilligen Kartellabschließung zu zwingen, fehlerlos waren, wurde vom Landrat die zwangsweise Wegführung aller Kartellisten aus der Gemeinde angeordnet. Mittwoch rückte ein Bataillon der Reichswehr in Niedereisen ein und besetzte alle Dorfsammlungen. Unter dem Schutze des Militärs wurden Johann die einzelnen Gehöfte revidiert und alle ablieferungspflichtigen Kartellisten beschlagnahmt.

Aufhebung von Ausweisungen aus Birkenfeld.

Der ausgewiesene Bürgermeister von Birkenfeld ist, nachdem der Ausweisungsbefehl aufgehoben wurde, nach Birkenfeld zurück-

geführt, und wurde wieder in sein Amt eingeführt. Ebenso kehrte der ausgewiesene Gymnasialdirektor Vinneböfel nach Birkenfeld wieder zurück.

Die Arbeiterräte in Bayern.

Die bayrische Regierung hat angeordnet, daß eine Neuwahl der Arbeiterräte in Bayern zu unterbleiben hat bis zur Durchführung der Gesetzgebung des Reiches über Betriebs- und Betriebsräte. Die während der Revolution ordnungsmäßig entstandenen Arbeiterräte sehen bis dahin ihre Tätigkeit auf dem ihnen zustehenden Arbeitsgebiete fort.

Die Halben und die ganzen Kommunisten.

Die „Deutsche Allgemeine“ veröffentlicht das Schreiben eines gewissen Markowski, welches den beiden an der Schweizerischen Grenze verhafteten spariatistischen Sendboten abgenommen worden ist. Es ist gerichtet „An die teuren Genossen Buchatin und Tischlerin“. Das Schreiben handelt von den Gegensätzen innerhalb der deutschen unabhängigen Partei und erklärt, daß die Richtung Müller-Däumig als vollkommen kommunistisch angesehen werden kann. Mit dieser Richtung zusammen müsse der Kampf gegen die Richtung Hilferding-Saase geführt werden.

Gegen das Bestechungsunwesen.

Der Verein gegen das Bestechungsunwesen hielt am 22. Oktober in Berlin seine diesjährige Hauptversammlung ab. Nach Vorträgen von Justizrat Dr. Judd (Mainz) und dem Geschäftsführer Dr. Bohle gab die Versammlung einstimmig eine Erklärung ab, worin sie auspricht, daß die Strafbestimmungen gegen Bestechung einer Revision bedürfen. Vor allem müsse aber die Öffentlichkeit durch planmäßige Verwertung jeder Berichterstattung in der Tages- und Fachpresse aufgeklärt und gewarnt werden. Sonst bleibe die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden wirkungslos.

Der Proteststreik am Niederrhein.

Der Proteststreik gegen belgische Bedrückung am Niederrhein ist nach einer neuen Meldung aus Duisburg zum größten Teil beendet. Die Straßenbahnen sind wieder in Betrieb. Dagegen beschloßen die Eisenbahner und ein Teil der Bergleute, noch im Ausstand zu beharren.

Ins Zuchthaus mit den Schiebern!

In einem Zuchthaus- und Wehlfriederprozess wurden in Berlin eine Anzahl Angeklagter zu Zuchthausstrafen von 1 bis 6 Jahren, andere zu Gefängnis von 9 Monaten bis 3 Jahren verurteilt. — Zur Bekämpfung des Unfugs, daß beladene Güterwagen von den Schiebern oft wochenlang auf der Bahn stehen gelassen werden, soll das Standgeld von 100 Mk. auf 1000 Mk. erhöht werden.

Der „unabhängige“ Postvogel.

Wie uns nachträglich noch aus Berlin berichtet wird, ist die Behauptung des Barons de la Roche, Moschel sei lange Zeit im Stabe des Reichswehrministers tätig gewesen, durchaus falsch. Moschel machte sich bemerkbar, als Roste anfangs Januar in Dahlem mit der Zusammenziehung von Truppen beschäftigt war. Er versicherte, sich um die Beschaffung von Ausstellungsgegenständen bemüht zu haben. Weil er aber sehr bald für verdächtig gehalten wurde, wurde er festgenommen. Der Reichswehrminister hat nie mit dem Manne Beziehungen unterhalten, geschweige denn ihn in seinem Stabe beschäftigt.

Oesterreich.

Hilfsaktion der Entente für Oesterreich.

Der französische General Mauciere sprach beim Staatskanzler Dr. Kerner vor und kündigte, wie der „Telegraphen-Union“ berichtet wird, eine Hilfsaktion der Entente für Oesterreich auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung an.

Auf der Suche nach den Schuldigen.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ meldet, daß die Kommission zur Erhebung militärischer Pflichtverletzungen am Sonnabend die beiden verantwortlichen Leiter des ehemaligen Ormees-Oberkommandos, Generaloberst Arz und Feldmarschallleutnant Waldstätten, verhört wird.

Bulgarien.

Aburteilung des Zaren Ferdinand?

Aus Basel wird gemeldet: Die bulgarische Bauernpartei werde in der Sobranje die Aburteilung des früheren Zaren Ferdinand und seiner Minister Radostawow und Mallow vor einem Gerichtshof beantragen. Sollte der Antrag angenommen werden, so werde Deutschland aufgefordert werden, den Zaren Ferdinand auszuliefern, und seine Güter würden beschlagnahmt werden.

Holland.

Zunahme des deutsch-holländischen Güterverkehrs.

Dem „Alaemee Handelsblad“ wird von der Grenze gemeldet: Der Güterverkehr zwischen Deutschland und Holland nimmt jetzt dermaßen zu, daß fortwährend Extra-Güterzüge eingestellt werden müssen.

Belgien.

Streik.

In Antwerpen haben die Flußschiffer die Arbeit niedergelegt. Die Bewegung scheint sich auf das ganze Land zu verbreiten.

England.

Streik deutscher Kriegsgefangener.

In der letzten Woche streikten die deutschen Kriegsgefangenen, die damit beschäftigt sind, das Flüggen Coal (Gras) (dajt Bedjord) zu reu gen.

Der neue Außenminister.

Lord Curzon wurde zum Minister des Auswärtigen an Stelle des zurückgetretenen Balfour ernannt, der seinerseits Präsident des Staatsrates an Stelle von Lord Curzon wird.

Kanada.

Arbeiterstreik bei den Wahlen in Ontario.

Nach der „Times“ sind die allgemeinen Wahlen in Ontario jetzt nahezu vollendet. Es wurden bisher gewählt: 28 Konserervative, 22 Liberale, 40 Kandidaten der neuen Bauernpartei und 11 Arbeiterkandidaten. Im früheren Parlament hatten die Arbeiter nur einen Abgeordneten. Die Wahl bedeutet eine Niederlage der konservativen Regierung.

Vereinigten Staaten.

Drohender Bergarbeiterstreik.

Die vereinigten Bergarbeiter haben in aller Form den Beschlag des Arbeitersekretärs zur Beilegung des Kohlenstreiks abgelehnt. Der Anfang des Streiks ist jetzt für den 1. November festgelegt.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Sonntabend, 25. Oktober.

Eine feine Rechnung

die überall interessieren wird, wurde vor dem L i r e b u r g e r Schöffengericht aufgestellt. Wegen Preissteigerung hatten sich 10 Bauernfrauen zu verantworten, weil sie für Eier einen Stückpreis von 80 bis 100 Pfg. genommen hatten. Ein fünfzigjähriger landwirtschaftlicher Sachverständiger gab über den Erzeugungspreis der Eier folgendes Gutachten ab: Zugrunde gelegt ist ein Hühnerhof mit 100 Hühnern und 4 Hähnen. Das Tier kostet 20 Mk. Das Anlagekapital beträgt also 2000 Mk., zu 5 Prozent verzinst 104 Mk. Für Verluste durch Krankheit oder Raubzüge kommen 200 Mk. hinzu. Für Ausschließen der alten Hühner und Küllenaufzucht 250 Mk. Kraftfutter, jeden Tag 12 Pfund, ergibt bei einem jetzigen Zentnerpreis von 75 Mk. 3235 Mk. Weichfutter, Kartoffeln usw. 5 Pfund für den Tag kostet 1825 Mk. Zwei Stunden Arbeitslohn jeden Tag, die Stunde zu 1 Mk. berechnet, ergibt jährlich 730 Mk. Die Unkosten für Abnutzung der Tröge usw. betragen 80 Mk. Die freie Weide ist mit 60 Mk. in Rechnung gestellt. Die Abnutzung des Stalles ist mit 150 Mk. angesetzt. Die Unterhaltung der 100 Meter langen Einfriedigung kostet 150 Mk. Für Geflügelringe und unvorhergesehene Ausgaben werden 30 Mk. angesetzt. Endlich kommt noch das Risiko für Diebstähle und die Versicherung mit 100 Mk. hinzu. Das ergibt für die Hühner einen Jahresbetrag von 6904 Mk. Rechnet man nun, daß ein Huhn 80 Eier im Jahre legt, von denen noch 10 Eier für Verluste, Diebstähle, Verschlagen usw. abgezogen werden müssen, dann liefert dieser Hühnerhof jährlich 7000 Eier. Dieser Erzeugung haben 6904 Mk. Unkosten gegenüber. Ein Hühnerer kostet nach dieser Berechnung dem Erzeuger also 98,6 Pfg. — Das Gericht konnte sich daraufhin von der Schuld der Angeklagten wegen Preissteigerung nicht überzeugen und sprach sie sämtlich frei.

Nach der Weisheit des Sachverständigen und des hohen Gerichts mußten die Bäuerinnen eigentlich noch eine Belohnung erhalten, da sie unter dem Selbstkostenpreis veräußerten. Mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird ja so menschenfreundlich gehandelt wie die Stadtbewohner täglich zu spüren bekommen. Während untereinander kaum weiß, wieviel mal der Marktwein umgekehrt werden muß, kopfen sich die Händler die Kaiten voll. Der Preisdruck ist ebenso unerbittlich wie das famose Gutachten des agrarischen Sachverständigen. Wer 100 Hühner hält, läuft nicht das teure Futter, sondern baut selbst Futter an. Lächerlich ist der Betrag für die Abnutzung des Stalles und der Tröge, die Unterhaltung der Einfriedigung und die Unkosten über den Eierertrag im Jahre. 10 000 Eier legen die 100 Hühner mindestens. Und das Anlagekapital von 2000 Mk. schreibt der Mensch gleich in einem Jahre ab. Denn die Hühner haben im nächsten Jahre keinen Wert mehr! Aber so muß man es machen, wenn man auf „keine Kosten“ kommt will.

Die Versammlung der Bürgerschaft am Montag, dem 27. Oktober weist folgende Tagesordnung auf: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Anträge des Senates: I. Instandsetzung und Verbesserung des Spielplatzes Buntamshof. 2. Befämpfung der Wohnungsnot. 3. Wiederherstellung der Häuser Wahnstraße 35 und 37. 4. Ausbau des Weges zwischen Siems und Dänischburg. 5. Verkauf der Ralmmühle in Lauenburg. 6. Siedverbesserung in der Glodenalehrtstraße. 7. Unterbringung der Witwe des Toten August Gilmelster. 8. Errichtung eines Schuppens für die Unterbringung von Brennstoffen für die Heilanstalt Ströndk. 9. Gehilfenentwurf des Katasteramtes. 10. Verlängerung des Hauptsteues St. Jürgen. 11. Nachbewilligung für die Baubehörde für das Rechnungsjahr 1918. 12. Teuerungszulagen für Beamte und Angehörige. 13. Gewährung von Zulagen an gepörrlichte Beamte. 14. Änderung des Beamtenhinterbliebenengesetzes. 15. Erlaß eines Nachtrages zum Ausführungsgesetz zur Grundbuchordnung von 18. Dezember 1899. 16. Beihilfe an den Verein zur Fürsorge für Geisteschwache. 17. Erlaß eines Gesetzes über die Gewährung von Darlehen zur allgemeinen Einführung von Spillabotten. 18. Sicherheitsmaßnahmen im Markt- und Unterungungsgebiet. 19. Schaffung weiterer Notstandsarbeiten. 20. Gewährung eines Staatszuschusses an die Kranken- und Sterbefälle des Polizeiamtes usw. 21. Erhöhung des Gehaltes des Polizeiarztes. 22. Austausch von Pachtflächen mit dem Erbpächter Georg Trabert in Nienhüßen. 23. Entlassung von Pachtflächen für den Ausbau der vierten Querstraße von der Schwartauer Allee bis zum öffentlichen Spielplatz auf dem Zerwerfer Industrieplatze. 24. Errichtung von Wohnungen im Hause Hreisdorfer Allee Nr. 40. 25. Nachbewilligung von 21 023,50 Mk. auf eine dem Lübecker gemeinnützigen Frunereim bewilligte Kapprämie. 26. Verstärkung der Mittel der Forstverwaltung für das Wirtschaftsjahr 1919. 27. Dem Bürgerausschuß zur näheren Ermöglichung überwiesene und in nicht unveränderter Fassung an den Senat gelangte Anträge: 1. von Heinz Puls: Die Bürgerschaft erucht den Senat, eine Regelung des Bezahlungsverfahrens für das Bäder- und Kurbadgeschäft herbeizuführen. 2. von Thies: Die Bürgerschaft erucht den Senat, die Aufhebung der Betriebssteuer für das Gast- und Schankwirtschaftsgebiet oder eine gründliche Revision dieses Gesetzes herbeizuführen. 3. von Mohr: Die Bürgerschaft erucht den Senat, daß 1. der Weg, welcher an der Wöllner Chaussee liegt, und zwar von der Meierei über das Gut bis nach Behlendorf geht, 2. der Weg von Giesendorf bis zur Lauenburger Chaussee so bald wie möglich gaulsemäßig ausgebaut wird.

Ein äußerst hartes Urteil.

Einen Arbeitswilligen auf einer Handkarre durch die Stadt gefahren zu haben, werden die Tischler S., H. und H. beschuldigt. Ueber diesen Vorgang, der sich im Sommer anlässlich des Tischlerstreiks abgepielt hat, haben wir damals schon berichtet. Alle Angeklagten waren am Streik beteiligt und sind bisher noch nicht bestraft. S. hat den Arbeitswilligen, der Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes war, wiederholt aufgesucht, um ihn zu bewegen die Arbeit einzustellen. Diese Bemühungen waren vergeblich. J. gibt in der Strafammerklärung vom Freitag, wo die Sache verhandelt wurde, an, er habe darum arbeiten und Geld verdienen müssen, weil seine Frau krank gewesen sei. Am dem Tage, als der Vorfall sich ereignete, hat S. ihn wiederum aufgesucht. Als J. der heim Tischlermeister B. in der Wollstraße arbeitete, aus der Werkstatt kam, sammelten sich alsbald mehrere Personen in der Wollstraße an. Auch die Angeklagten S. und H., die vor dem Hofkantor wohnen und, wie sie sagen, nach Hause gehen wollten, mischten sich unter die Menge. Drei Personen sollen den Arbeitswilligen nun auf eine Karre gehoben und durch die Menckstraße, Breite Straße und Holtenstraße gefahren haben. Die Angeklagten betritten sich an diesem Transport beteiligt zu haben. Dagegen gibt S. zu, gelangt zu haben: „Das ist der Streikbrecher.“ J. selbst kann nicht angeben, wer ihn auf die Karre gehoben und gefahren hat. S. und H. stellen entschieden in Abrede, sich an diesem Vorfall beteiligt zu haben. Letzterer will den Vorgang nur von ferne mit angesehen haben. In der Hofstenstraße hat er K. sogar in Schutz genommen und nach Hause gebracht. Belastend für die Angeklagten ist von den vier vernommenen Zeugen hauptsächlich nur die Aussage des Schuhmannes N. Dieser will gesehen haben, daß alle drei Angeklagten die Karre gehoben haben, was von S. aber ganz energisch bestritten wird. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Jacobi, nimmt den Zeugen scharf ins Verhör und hielt ihn besonders vor, warum er es nicht gleich sagte, wenn er gewußt hätte, daß die Angeklagten am Transport beteiligt waren; das sei seine dienstliche Pflicht gewesen. Der Zeuge bleibt aber dabei, die Angeklagten hätten den Wagen gehoben. Der Staatsanwalt weist in seiner Rede auf die Gefährlichkeit dieses Treibens hin, welches in anderen Städten ähnlich gemacht sei und verlangt eine hohe Strafe für S. als Haupttäter beantragt er 2 Monate, für H. 6 Wochen und für J. 1 Monat Gefängnis. Letzterer rechnet er mildernd an, daß er in der Hofstenstraße sich des J. angenommen und ihn nach Hause gebracht hat. Der Verteidiger hebt in seiner Rede besonders hervor, daß der Zeuge N. sich geirrt haben müsse. Für S. und H. beantragt er Freisprechung, dagegen bittet er für

S., der noch ein junger unerfahrener Mann sei, um eine geringere Strafe. Das Gericht, dessen Vorsitz Landgerichtsdirektor Meyer-Rüchert führte, hält alle Angeklagten in vollem Maße für überläufig und bedauert, daß der Staatsanwalt so niedrige Strafen beantragt hat. Das Streikrecht solle nicht beeinträchtigt werden, ebenso müßten aber auch die geschilt werden, die arbeiten wollen. Unerlaubte Mittel dürften von ihnen nicht angewandt werden. Die Anklage wegen Landfriedensbruch habe man nicht erhoben, wohl aber diese Frage ernstlich geprüft. Verüchtigt habe man, daß noch eine gewisse Erregung von der Revolution her vorhanden gewesen sei. Das Urteil der Strafkammer geht weit über den Antrag des Staatsanwalts hinaus. S. erhielt 4 Monate, die übrigen Angeklagten je 3 Monate Gefängnis. Für diese Nacht, die wir zwar nicht billigen aber doch verstehen, sollen die Angeklagten also schwer büßen, denn das Urteil ist überaus hart. Es erinnert lebhaft an die früheren sogenannten Hoppenstedt-Kammerurteile. Auffällig ist, daß das Gericht noch weit über das beantragte Strafmaß des Staatsanwalts hinausgegangen ist, während es sonst doch meistens umgekehrt der Fall zu sein pflegt. Daß in der heutigen Zeit gegen sonst völlig unbescholtene Leute wegen eines derartigen Vergehens so hohe Strafen verhängt werden, wird zumal wenn man bedenkt, wie milde die Gerichte Wucherer und Schieber zu bestrafen pflegen.

Zur Spartakistenversammlung in Mecklenburg geht uns von der Reichsmehrheitsabteilung 9 in Schwerin unter dem völlig überflüssigen Hinweis auf den § 11 des Preßgesetzes folgendes Schreiben zu:

In Ihrer Nr. 251 vom 15. 10. bringen Sie eine Mitteilung des Kommunisten Seebach über die Spartakistenversammlung in Karow. Die Art und Weise, auf Grund des Preßgesetzes, § 11, folgende Richtigkeit halbmäßig bringen zu wollen: Die Darstellung des Kommunisten Seebach über die Ausübung der Kommunistenversammlung in Karow am 12. 10. in Nr. 251 des Lübecker Volksboten“ entspricht in ihren wesentlichen Punkten durchaus nicht den Tatsachen. Die Kommunisten sind nicht mit Knütteln und Schlägen auf den Kopf traktiert und mit „An die Wand stellen“ bedroht worden, trotzdem die anwesenden Versammlungsteilnehmer zum Teil durch Schmähungen die Turpen reizten. Befestigendes Material ist in reichem Maße gefunden worden. Daß den Versammlungsteilnehmern Schals, Barbinden, Schnurbarthürchen gestohlen worden seien, ist ebenso erlogen wie die Behauptung, man habe versucht, gefüllte Brieftaschen zu beschlagnahmen. Die Durchsuchung der Frauen erfolgte durch eine von der Kriminalpolizei hierzu beauftragte Frau, also nicht durch Reichswaldsoldaten. Die sechs Teilnehmer wurden nicht deswegen fortgeführt, weil sie gegen die Durchsuchung protestiert hatten, sondern weil bei ihnen besonders viel belastendes Material gefunden wurde.

V. S. d. Brg. Ados.
F. Matthes, Major und 1. Generalstabsoffizier.
Kartoffelverkauf am Produktron. Vom Montag an werden zunächst verlockende, Kartoffeln an die Verbraucher unmittelbar am Waagen abgegeben. Der Verkauf geschieht an jedermann, jedoch nur auf Grund der grauen Bezugskarte A und nur in Mengen von 1/2 Kentern zum Preise von Mk. 12.— für den Kentner. Die Karte befindet sich bei der Einkündung des Löffelweges in den Produktronen. Jemand welche Gewähr dafür, daß täglich Kartoffeln in ausreichenden Mengen dort vorhanden sind, wird nicht übernommen. Eine Sortenwahl steht den Abnehmern nicht zu. Es wird aber darauf geachtet werden, daß nur Dauerware zur Ausgabe gelangt.

Der Ökonom der Volkshochschule kann die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß die Unterrichtsräume von nun an

Kariffabstimmung in der Seefahrt. Die Verhandlungen, die bereits im September zwischen dem Zentralverein Deutscher Keder und den seemannischen Berufsverbänden eingeleitet, dann aber durch den mittern Streik der Seemannsbändler gestört und verzögert worden sind, haben nunmehr, nachdem der Seemannsbund das Vergebliche seines Verwehres, sich in diese Verhandlungen stören einzumischen, hat erkennen müssen, am 28. Oktober zu einem befriedigenden Abbruch geführt.

Erzeugerpreis. Die Städtische Kartoffelstelle weist darauf hin, daß der Preis für den Kentner Kartoffeln bei Lieferung frei Haus des Verbrauchers 12.— nicht übersteigen darf. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt.

Angrenzende Gebiete.

Stockdorf. Eine große öffentliche Volksversammlung, die sich mit der Lebensmittelfrage beschäftigte, fand Freitagabend im Dieblichens Gesellschaftshaus (Kadenburg) statt. Die Versammlung war sehr gut besucht. Der Referent, Mediziner Genosse Otto Friedrich, legte in einer anderthalbstündigen Rede vor allem dar, wie notwendig es ist dem Arbeiter- und Arbeitererwerb energisch zu Leibe zu gehen und die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu steigern, wenn eine wesentliche Besserung in der Lebensmittelversorgung eintreten soll. An die beifällig aufgenommen und wiederholt durch Beifall unterstützten Ausführungen schloß sich eine kurze Ausdrucksweise an, in der die Genossen Wogt und Kitz mancherlei örtliche Wünsche zum Ausdruck brachten. In einem kurzen, demnach Schlußwort forderte der Redner des Abends zu besonders zahlreicher Beteiligung an den bevorstehenden Landtagswahlen auf, um zu verhindern, daß sich die Reaktion noch breiter machen kann, als es ohnehin jetzt schon der Fall ist. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Die heute im Lokale von Dieblichens, Stockdorf, Kadenburg tagende Versammlung nimmt Kenntnis von der Erklärung des Ministerpräsidenten Hagen zu Oldenburg, ist aber mit dieser Erklärung des Ministerpräsidenten, daß der Landestheil Lübeck alles erhalten habe, was ihm zuzugewandt, nicht einverstanden und erklärt sich eine derartige Antwort nur dadurch, daß der Ministerpräsident von den heiligen Verhältnissen keine rechte Ahnung hat. Die Versammlung spricht ihr Einverständnis dazu aus, daß die Arbeitervereiner in Landtage sowie die neu zu wählenden Landtagsabgeordneten beauftragt werden, ihr ganzes Arbeiten dafür einzusetzen, daß die Forderung halbmäßig an den Preiskantoor Lübeck angeschloffen wird. Sie erhofft dadurch eine Besserung ihrer Lebensmittelversorgung.“

Schwartau. Mit dem Bauder Eisenbahn Schwartau-Neustadt wird in 14 Tagen begonnen werden. Die Erdarbeiten, Brückenbauten usw. sind der Firma Jürgen Brandt in Rendsburg übertragen worden.

Lübeck-Cutin. Die Freitag gemeldete Verkehrsbeschränkung betrifft den mittags 12,24 Uhr ab Lübeck fahrenden Zug (Cutin an 1,15) und den von Cutin abends 7,30 Uhr abfahrenden Vorzug (an Lübeck 8,27). Beide Züge fallen Sonntags aus.

r. Cutin. Sitzung des Gewerkschaftsrates. Auf ihren Antrag hin ist die im Frühjahr von der Partei gewählte und vom Gemeinderat anerkannte Lebensmittelliste in der Kartellierung am Donnerstag Bericht. Die Kartellierung steht gut, dagegen ist die bisherige Milchlieferung in Frage gestellt, gibt aber zu Beurteilung keinen Anlaß, da einige schwerwiegende Verhandlungen mit Wärsereien, die Milch nach außerhalb des Fürstentums abliefern oder den bekannten 3.-Kasse fähigieren, zum bestriedenden Ergebnis führen werden. Nachdem sich im Verlauf von 8 Wochen zwei weitere Gewerkschaften dem Kartell angeschloffen haben, sind nunmehr 8 Verbände mit insgesamt etwa 1800 Mitgliedern in ihm organisiert. Eine reichhaltig ausgestattete Bibliothek steht an bestimmten Wochenabenden beim Kollegen Lauerßen (Kleier Straße) unentgeltlich zur Verfügung. Der Jugendorganisation sind 30

Bücher lehrreichen Inhalts zur Verfügung gestellt. Ebenfalls werden dieser Organisation 30 Mk. aus der Kartellkasse bewilligt. Der Begründer der hiesigen Volkskassulenkasse, Kollege Henkel, weist in seiner abschließenden Rede auf die Teilnehmerzahl von 197 Da viele Gewerkschaften langstreckte Mitglieder aufweisen, soll der Gründung eines Gewerkschaftsfängers näher getreten werden. — Für den 22. November (Sonntabend) ist ein großer Unterhaltungsabend im Schlosshof vorgesehen.

Altona. Durch die Explosion einer Granate getötet. Auf dem Hofe des Gerichtesgefängnisses wurde durch Unfall ein Arbeiter getötet. Die Granate wurde durch einen Arbeiter der Drahtverhau zu nahe. Dadurch wurde ihm eine Granate vom Hüfte gerissen, die auf das Hinterhaupt fiel und explodierte. Der Soldat wurde durch die Sprengstoffe so schwer verletzt, daß er nach wenigen Minuten verstarb.

Flensburg. Zur Nordmarkfrage. In Kopenhagen wurde durch Entzweiung bekannt gegeben, daß die Arbeiter in den Abstimmungsabieten bis zum 26. Oktober 1919 aufgelöst seien. Wie falsch diese Meldung ist, mag dadurch bemessen sein, daß die Arbeiter der ersten und zweiten Zone am 22. Oktober im Gewerkschaftshaus in Flensburg eine Zusammenkunft abhielten, in der über die schwebenden Fragen in der Nordmark debattiert wurde. Von den Arbeiterräten wurde hervorgehoben, daß die deutsche Propaganda in Nordschleswig vielfach von Leuten betrieben wird, die politisch rückständig sind und daher der deutschen Sache mehr schaden als nützen. Besonders erschreckte sich die Kritik gegen den reaktionären Landrat Böhme, dessen Rücktritt gefordert wurde.

Bremener. Der größte Fischereifahrer. Die Stadtorbundenversammlung von Seefischerei genehmigte einen Vertrag mit der preußischen Staatsbauverwaltung, nach dem der Fischereifahrer in Seefischerei eine Erweiterung erfährt, der ihn zum größten der Welt machen wird. Die Gesamtkosten des Projekts, die vor dem Krieg auf 22 Millionen Mark veranschlagt waren, erhöhen sich auf über 100 Millionen Mark. Der Bau dauert 8 bis 5 Jahre.

Bremen. Ein halbjähriges Kind gemordet hat ein 27jähriger Seemann während der Abwesenheit seiner Frau. Nachts 1 Uhr weckte er seine Schwester und sagte, das Kind sei ihm aus den Händen zu Boden gefallen und habe sich Schaden getan. Die beiden haben sich dann aber wieder zu Bett begeben, ohne einen Arzt zu rufen, was auch am Morgen nicht geschehen ist, obwohl der Knabe im Sterben lag und erst gegen Mittag verstorben. Die Todesursachen waren Schlaganfall und noch andere Verletzungen, so daß angenommen wird, daß das kleine Wesen zu Boden oder gegen die Wand geschleudert worden ist. Der Mann wurde verhaftet.

Neueste Nachrichten.

Kornjowski polnischer Regierungskommissar in Danzig. II. Wien, 25. Oktober. Nach einer Warschauer Meldung wurde zum Kommissar der polnischen Regierung in Danzig des ehemaligen österreichischen Finanzministers Kornjowski ernannt.

Das Eisenbahnunglück in Oberschlesien. III. Breslau, 25. Oktober. Die Zahl der Toten bei dem Eisenbahnunglück auf der Strecke Ratibor-Tropp (vergl. Beilage unter Reich und Ausland, Neb.) ist nach Angabe von Reisenden, auf 60 gestiegen. Nach offiziellen Meldungen wurden bisher 21 Tote geborgen. Mehr oder minder schwer verletzt wurden 118 Personen.

Verhaftung eines russischen Agenten im Reichstagsgebäude. II. Berlin, 25. Oktober. Seitens des Reichswegamini-steriums ist eine Untersuchung über das Treiben der Agenten der westrussischen Armee in Berlin eingeleitet worden. Einer dieser Agenten, der in russischer Uniform im Reichstagsgebäude aufwacht war, ist Freitag festgenommen worden.

Rücktritt des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr. III. Berlin, 25. Oktober. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ von zuverlässiger Seite erfährt, ist der Reichskommissar für die Ein- und Ausfuhr, Geheimrat Weisinger, zurückgetreten. An seine Stelle tritt Geheimrat Dr. Trendelenburg. Die Persönlichkeit des Nachfolgers ist insoweit von besonderem Interesse, als es bekannt ist, daß Geheimrat Trendelenburg dem früheren Reichsminister Wissen besonders nahegestanden hat.

Freie Einreise in die französische Besatzungszone. III. Mainz, 25. Oktober. Die Einreise in die französische Besatzungszone erfordert keinen französischen Reisepaß mehr, sondern lediglich einen französisch visierten deutschen Reisepaß.

Gleichberechtigung der deutschen Gewerkschaften. III. Basel, 25. Oktober. Der „Saras“-Agentur zufolge wurde das Pariser Bureau der „Confederation Generale du Travail“ hinsichtlich der Washingtoner Konferenz benachrichtigt, daß die deutschen und österreichischen Gewerkschaften als gleichberechtigt mit denjenigen der anderen Länder an der Konferenz teilnehmen werden.

Der holländisch-deutsche Eisenbahnverkehr an Sonn- und Feiertagen eingestellt. III. Aus dem Haag, 25. Oktober. „Telegraaf“ meldet, vom 26. Oktober ab wird der Reiseverkehr mit Deutschland über Oldenzaal an Sonn- und Feiertagen eingestellt werden.

Forderungen um Lohnerhöhung der amerikanischen Eisenbahner. III. Aus dem Haag, 25. Oktober. Die amerikanischen Eisenbahner fordern eine Lohnerhöhung, bevor die Regierung die Bahnen den Privatgesellschaften zurückgibt. Die „Newport Times“ meldet hierzu, daß die Eisenbahnangestellten ihre Forderungen bis spätestens Dezember hinauszuzögern bereit seien, daß dann aber der Streik unabänderlich sein werde, falls die Regierung bis dahin noch keine Erfolge in der Lebensmittelfrage erzielt habe.

Das Wetter der Woche. (Von der Lauenburgerischen Wetterwarte in Mölln.) (Nachdruck verboten.) Der 26. Oktober bringt milde, unbeständiges, meist stark wolkiges Wetter mit böigen starken SW.- bis W.-Winden und Nebenschläge in Schwärze, besonders für den W., N. und O. des Bezirks, der 27. Aufbesserung und vorwiegend Trockenheit bei W., später zurückkehrenden, aufstreichenden SO.- bis S.-Winden. Am 28. gehen mit einem neuen Tief wieder Trübung, starke S.- und SW.-Winde mit Regenschauern ein, die sich später ostwärts ausbreiten und am 29. den ganzen Bezirk überziehen, an der Küste von fürmischen SW.-Winden begleitet, mit Gewittererschütterungen. Der 30. verläuft als Uebergangstag bei abflauenden W.-Winden und wechselnder Bewölkung meist trocken, besonders im S. und W. Der 31. läßt nach anfänglicher Besserung bei fallendem Barometer nachmittags wieder Verschleierung des Wetters, Trübung und im W. bei starken SO.- bis S.-Winden Niederschläge erwarten, die am 1. November überall verbreitet auftreten und mit fürmischen SW.-Winden verbunden sind. In der Nordsee herrscht voller Sturm, stellenweise Gewitter.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friede. Verleger: H. Schwarz. Druck: Brückmann & Co. Mölln in Lübeck.

Stadthallen-Lichtspiele

Lübeck

Mühlenbrücke 13

Heute und folgende Tage:
Die Rache des Titanen **Kreuziget sie!**

Drama in 6 Akten
 mit **Fern Andra.**

Drama in 4 Akten
 mit **Pola Negri.**

Außerdem der interessante Industriefilm: **Die Kohle.** (9112)

General-Versammlung der Lübecker Vereinsbrauerei

e. G. m. b. H.

am **Donnerstag, dem 26. November 1919**
 nachmittags 4 Uhr
 im **Konzerthaus Friedrichshof**
 Schwarzkauer Allee Nr. 111.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Genehmigung der Bilanz und Abrechnung.
3. Wahlen: a) Vorstand, b) Aufsichtsrat.

9124) Der Aufsichtsrat.

Central-Hallen.

Morgen Sonntag: **Gr. Tanzkränzchen.**
 Heute Sonnabend: **Großer Ball.**

Friedrichshof.
 9099) Sonntag, den 26. Oktober:
Gr. Tanzkränzchen.
 Saalöffnung 4 1/2 Uhr. — Anfang 5 Uhr.
 Es ladet freundlich ein **P. Brauer.**

Geschäfts-Eröffnung.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich
 Hützstraße 49 eine

feine Maßschneiderei

eröffnet habe. Als langjähriger Zuschneider und
 Leiter erster Maßgeschäfte sichere ich beste Be-
 dienung zu. (9102)

Ich werde nur prima Stoffe und Zutaten ver-
 wenden. Um gütige Unterstützung meines Unter-
 nehmens bittet Hochachtungsvoll

Lübeck,
 Hützstraße 49 (Laden). **Fr. Renner.**

Handarbeiten

wie
 Kaffeedecken, Esstischdecken
 in allen Größen wieder vorrätig.

Herrenzimmerdecken u. -Kissen
 auf dunklen Ripstoff. (9099)

Handarbeitsgeschäft **Ritz**
 Lübeck, Wahnstr. 1. Fernr. 3383.

Der Neue - Welt - Kalender für 1920

zu beziehen durch

Friedr. Meyer & Co.,
 Buchhandlung, **Johannisstraße 46.**

Interessenten werden ersucht, denselben
 baldigst zu beziehen, da nur eine
 kleine Anzahl Exemplare vorhanden ist.

Holländische Zigarren

in feinst. Qual. p. Wille 800, 850, 900, 950.
! Englische Zigaretten!
 in den bekannten Marken pro Wille 200 u. 300 Stk.
Rauchtabak! Holländischer und Englischer!
 pro Pfd. nur 20, 22, 24 u. 28. — Pfg.
G. Grundmann, Buchhandlung
 Lübeck, Schiffsaluden 22. 9130

Ad. Hübnert, Uhrmach. u.
 Goldarbeit, Fünfhaus 13.
 Eig. Reparaturwerkstatt. 907.

Wer erfindet?
 Die Industrielle sucht Er-
 findungen. Vergütung
 zum Erfinden in unse-
 rer Dreifach- mit Gar-
 antie über RM. 20.—
 • • • • •
 Industrie- u. Handels-
 gesellschaft Lübeck.
 Postinger Allee 24.

Jedes Ungeziefer
 vertilgt unter Gar-
 antie Wilh. Klüssendorf,
 besid. Rommelfäger u. Offiz.
 Sachverständig, Al. Burg-
 straße 18 a, Tel. 1509.
 Spezialist (9078)
 für Wasserreinigung.

Grab-Kränze
 in jeder Preislage stets vor-
 rätig. Geschmacks. Kunstge-
 Marischeen Deon-Bartsack.
 Lichte Lörtsstraße 19. (9076)

Gasthaus z. Mühle Schlutup

Herrlich am Wasser ge-
 legen. Angenehmer Gesam-
 milienaufenthalt. Gut-
 gepflanzte Weine und Biere.
 9079) **Ernst Maywald.**
 Zur
schwarzen Dohle
 Hundestraße 41.
 Halte den Vereinen u.
 Gewerkschaften meine
Klubzimmer und
meinen Saal
 zum Abhalten von Ver-
 sammlungen und Fest-
 lichkeiten bestens emp-
 fohlen. 9137
Friedrich Lender.

Deutscher Transportarb.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.
Versammlung
 sämtlicher
 in der Kolonialwaren-
 brauerei beschäftigten
 Lagerarbeiter u. Aufsicht
 am **Montag, d. 27. Okt.,**
 abends 7 1/2 Uhr,
 im **Gewerkschaftshaus**
 Johannisstraße 50-52.
 Tagesordnung:
**Innere Verbands-
 angelegenheiten**
 Das Erscheinen sämtlicher
 Kollegen ist dringend not-
 wendig.
 Mitgliedsbücher sind vor-
 zusetzen.
 9127) Die Ortsverwaltung.

Versammlung

sämtlicher
**Kraftwagen-
 führer und**
**Automobil-
 monteur**
 am **Montag, dem 27. Oktober**
 abends 7 1/2 Uhr,
 im **Gewerkschaftshaus**
 Tagesordnung:
 1. Anfertigung neuer Statuten.
 2. Verschiedenes.
 Wegen der Wichtigkeit
 der Tagesordnung ist das
 Erscheinen sämtlicher Kol-
 legen dringend erforderlich.
 Die Ortsverwaltung.
**Sterbekasse „Die Ver-
 trauliche“, Lübeck.**
**Näherbestimmte General-
 versammlung**
 am **Freitag, dem 31. Okt.,**
 6 1/2 Uhr abends, pünktlich,
 im Saal von Knorrs
 Restaurant, Klingenberg,
 Zimmer 2.
 1. Bericht des Vorstandes
 über die in der General-
 versammlung vom 12.
 Februar d. J. ihm über-
 tragene Nachprüfung b.
 Sägung und Vorlage des
 Sachverständigen - Gut-
 achtens über den Stand
 der Kasse.
 2. Anträge des Vorstandes
 und Beschlußfassung über
 jeden derselben die Erhöhung
 des Kaffebeitrages von
 RM. 2.— auf RM. 6.—
 jährlich in Verbindung
 mit der Erhöhung der
 Sterbebeiträge von
 RM. 100.— bis RM. 220.—
 auf RM. 110.— bis RM.
 250.— vom 1. Jan. 1920 ab.
 3. Satzungsänderungen.
 Der Vorstand.

Versammlung

sämtlicher
**Kraftwagen-
 führer und**
**Automobil-
 monteur**
 am **Montag, dem 27. Oktober**
 abends 7 1/2 Uhr,
 im **Gewerkschaftshaus**
 Tagesordnung:
 1. Anfertigung neuer Statuten.
 2. Verschiedenes.
 Wegen der Wichtigkeit
 der Tagesordnung ist das
 Erscheinen sämtlicher Kol-
 legen dringend erforderlich.
 Die Ortsverwaltung.
**Sterbekasse „Die Ver-
 trauliche“, Lübeck.**
**Näherbestimmte General-
 versammlung**
 am **Freitag, dem 31. Okt.,**
 6 1/2 Uhr abends, pünktlich,
 im Saal von Knorrs
 Restaurant, Klingenberg,
 Zimmer 2.
 1. Bericht des Vorstandes
 über die in der General-
 versammlung vom 12.
 Februar d. J. ihm über-
 tragene Nachprüfung b.
 Sägung und Vorlage des
 Sachverständigen - Gut-
 achtens über den Stand
 der Kasse.
 2. Anträge des Vorstandes
 und Beschlußfassung über
 jeden derselben die Erhöhung
 des Kaffebeitrages von
 RM. 2.— auf RM. 6.—
 jährlich in Verbindung
 mit der Erhöhung der
 Sterbebeiträge von
 RM. 100.— bis RM. 220.—
 auf RM. 110.— bis RM.
 250.— vom 1. Jan. 1920 ab.
 3. Satzungsänderungen.
 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter- Verband.

Zahlstelle Lübeck.

Vertrauensmänner- Versammlung

am **Montag, dem 27. Oktober**
 abends 6 1/2 Uhr
 im **Gewerkschaftshaus**
 Johannisstr. 50-52.
 Die Tagesordnung wird
 in der Versammlung be-
 kannt gegeben.
 9122) Die Ortsverwaltung.

Versammlung

der
**St. Gertrud-
 Schweinegilde**
 am **Sonntag, 26. Oktober**
 abends 8 Uhr im **Lokal**
Neu-Lauerhof.
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quar-
 tal 1919.
 2. Verlesen der Statuten.
 3. Festsetzung der Beiträge.
 4. Verschiedenes.
 5. Beiträgerheben.
 9088) Der Vorstand.

Gesellschaftshaus Lindenhof

Modernstes Stabliement
 am **Platz**. 9065
 Heute, **Sonntag, 26. Okt.:**
Vornehme Ballmusik.
 Saalöffn. 5 1/2 Uhr, Anf. 4 Uhr
 für genüg. Straßenbahn- u.
 Spätwagen-Verbindung bis
 Schluss ist gesorgt.
Viktor Klempner.

Geniner Baum.

Sonntag, d. 26. 10. 19:
Tanz - Kränzchen.
 Kaffee und Kuchen.
 9132) Anfang 5 Uhr.

Gasthof Klein-Mühlen bei Schwartau.

Sonntag, d. 26. Oktober:
Gr. Tanz-Kränzchen.
 Anf. 4 Uhr. Es lad. frbl. ein
 9107) **Helmut Kröger.**

Kaffeehaus Moising

Sonntag **Tanz.**
 9098) Anfang 4 Uhr.
Moisinger Markt
Montag Tanz.
 Anfang 6 Uhr.

Friedrich- Franz- Halle.

Jeden Sonntag: (9066)
Tanz.
 Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Hansa-Halle.

Jeden Sonntag u. Freitag:
Gr. Tanzkränzchen. 9128

Gesellschafts- haus Marti.

Morgen Sonntag:
Gr. Tanz.
 Eintritt nur 30 Pfg.

Restaurant „Zur Himmelsleiter“ Heute Sonnabend, den 25. Oktober 9117

Humoristischer Abend.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum 35jährigen Stiftungs-Fest

am **Sonnabend, dem 1. November,**
 im **Gewerkschaftshaus.**
 Anfang 6 Uhr. Ende 12 Uhr.
 Eintritt für Herren 2.00 Mk., Damen 1.00 Mk.
 Der Vorstand. 9108)

Schlesier-Verein für Lübeck und Umgeg. Kirmesfeier

am **Sonntag, den 26. Oktober, 5-12 Uhr**
 im „**Kolosseum**“.
 Eintrittspreis: Herren 2.00 Mk., Damen 1 Mk. 9060

Morgen Sonntag Ausspielen von Gänsen, Enten u. Kuhnern im Restaurant Bürgerbräu

Fleischhauerstraße 34. 9184
 Es ladet ergebenst ein **Leonhard Hintz.**

Verband der Gärtner u. Gärtnereiarbeiter Großer Herbstblumen-Ball

mit **Blumenreigen** 9119
 in den Stadthallen am **Sonnabend, dem 1. Novbr.**
 Anfang 7 Uhr. Eintritt für Damen 1 Mk., Herren 2 Mk.

Israelsdorf Erholung

H. Dieckmann Jnh. Wilh. Pries.
 Jeden Sonntag: **Kränzchen** m. verst. Orchester.
 Empfehle mein Lokal zur Abhaltung von Festlich-
 keiten, auch am Sonntagen. 9063)

Adlershorst. Tanz

Jeden Sonntag und
 Donnerstag: (9068)

Neu-Lauerhof Großes Tanzkränzchen.

Großes Orchester. Harmonikaflüt. 9061

Gesellschaftshaus Welsner Engel

Rageburg, Allee 29, Endstation d. Linie 1
 Jeden Sonntag und Donnerstag:
Gr. Ballmusik.
 Anf. Sonntag 4 1/2, Donnerstag 6 1/2 Uhr.

Konzerthaus Flora.

Jeden **Sonnabend** Anf. 6 1/2 Uhr
 und **Sonntag** Anf. 4 1/2 Uhr
Tanz
 Max Siems. 9169

Louisenlust.

Jeden Sonntag:
Großes Tanzkränzchen.
 Beginn 5 Uhr. (9062) **Aegidius Maka.**
 Kaffee und Kuchen.

EINSEGEL

Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen (Streichmusik)
 Anfang 5 Uhr. (9050) **C. Köpcke.**

Kücknitz.

W. Dieckmanns Gasthof
 Sonntag, d. 26. Okt. (9120)

Tanz - Kränzchen.

Arbeiter-Turn- u. Sportbund.
Fußball-Wettbewerb
 am **Sonntag, dem 26. Oktober**
 nachmittags 2.30 Uhr
 in **Kücknitz**
Oldesloe A.-T.-V.
 gegen (9129)
Kücknitz A.-T.-V.

Verschießen von Geflügel u. Sonstigem

am **Sonntag, 26. Oktober**
 Beginn 2 Uhr nachm.
 Hierzu ladet freundl. ein
Joh. Steenbeck,
 9096) **Rensefeld.**

Groß-Lübeck

E. K. Dieckmann Jnh. 22.
 Erste u. gemüthliche
Bauernschänke
 Lübeck. Täglich Konzert!
 16 Mont.: Neue Kapelle

Zauberflöte.

Täglich (9185)
Schrammel-Musik.
 Anf. 6 Uhr. **J. Fölsch.**

Hansa-Theater

Sonnab.: D. Faschingsfee.
 Sonntag: 2 Vorstellungen.
 2 1/2 Uhr:
Große Kindervorstellung.
 (Halbe Preise.)

Schneewittchen und die sieben Zwerge.

Die
**Faschings-
 fee.**
 9109) Operette von E. Kalman.

Stadttheater Lübeck

(9115)
 Sonnabend, d. 25. Oktober:
 Anfang 7 Uhr.
Martha.

Oper in 4 Akten von Fr. v. Flotow.

Sonntag, den 26. Oktober:
 Anfang 10 1/2 Uhr.
Morgenfeier.

Eine florentinische Tragedie.
 Preise der Plätze
 Mk. 2.15, 1.15 u. 65 Pfennig
 inkl. Sozialabgabe.
 Anfang 1 Uhr 15 Minuten.
 8. Fremdenvorstellung.

Lohengrin.

Anfang 7 Uhr.
Eine Nacht in Venedig.

Dienstag, den 28. Oktober:
 7. Vorstellung im Dienstag-
 abonnement.

Don Juan letztes Abenteuer.

Deutsche Nationalversammlung.

Donnerstag, 23. Oktober 1919.

106. Sitzung.

Im Regierungsjahr: Müller.
Auf der Tagesordnungsplan steht der

Haushaltsplan für das Auswärtige Amt.

Minister des Auswärtigen Müller: Die Ausführung der Friedensbedingungen zwingt uns auch für den auswärtigen Dienst zu finanziellen Opfern. Wir hoffen, daß wir bald mit der ganzen Welt nicht nur mit den neutralen Staaten, wieder in Verbindung treten werden. Die Gleichstellung der diplomatischen und konsularischen Karriere wird weiter betrieben. Es wird lebhaft darüber geflagt, daß unsere Auslandsbeamten eine zu oberflächliche Kenntnis der Auslandsverhältnisse hätten, daß sie zu wenig Geistesverfassung der fremden Völker bewußten, daß sie nicht genügend an praktischen Fähigkeiten zeigten. Das kommt daher, weil die Beamten bisher nur der Geld- und Geburtsaristokratie entstammten. Das soll und muß anders werden. Die Grundlage der Auslese muß breiter werden, damit der Nachwuchs aus allen Kreisen, auch Außenleiter herangezogen werden können. Wer die Fähigkeit hat, gegen die Republik zu agitieren, kann unter keinen Umständen einen diplomatischen Posten besetzen. (Sehr richtig!) Die juristische Vorbildung soll nicht mehr für den diplomatischen Nachwuchs allein ausschlaggebend sein. Die Auslandsbeamten sollen Wirtschaftspolitik betreiben, aber nicht die Geschäftswörter bestimmter Firmen sein. Sie müssen von ihren Bezüglern leben können. (Sehr richtig!) Es gilt, schöpferische Persönlichkeit auszuwählen, die richtig sehen und das Gesehene mitteilen können. Clemenceau sagt in seiner letzten Rede: Der Haß gegen die deutsche Nation ist das noch nicht zum Grundgesetz der französischen Politik geworden. Gelänge es unseren Gegnern, aus uns mit einer Fokker die letzte Kraft und den letzten Saft herauszupressen, so würde das den Ruin Europas zur Folge haben. (Sehr richtig!) Clemenceau wirkt weiter den deutschen Sozialisten vor, sie hätten sich mit der Militärpartei verbündet. Bei uns regiert die Militärpartei nur in den besetzten Gebieten, und zwar die französische, aber nicht die deutsche. Der Friedensvertrag verlangt uns das uns zutreffende Selbstbestimmungsrecht. Clemenceau sagt weiter: Die Herren sind wie die Helden der Mittelmeer von vorgestern. Die Franzosen werden solche Heldensagen solange gebrauchen, bis es zu einer europäischen Katastrophe kommt. Wir wollen einen wirklichen Völkerverbund, dem wir mit unserem Herzen angehören können. Noch immer schmachten 350 000 deutsche Kriegsgefangene hinter französischem Stacheldraht. Wo bleibt da die vielgerühmte Menschlichkeit? Die Mutterherzen der ganzen Welt sollten sich zumammentun zu einem einzigen Schrei der Menschlichkeit, der auch in Paris gehört werden muß. Wie wollen unsere Gesandten zurück haben. (Sehr richtig!) Das deutsche Volk will den Frieden. Darum muß auch das Balfour so schnell wie möglich von deutschen Truppen geräumt werden. Die Reichsregierung mißbilligt das Glückwunschtelegramm des Grafen v. D. Goltz an den Obersten Awlaw aufs schärfste und hofft, daß er der letzte politisierende General in Deutschland gewesen ist. Durch die Methoden, die die Entente Sowjet-Rußland gegenüber jetzt wieder anwendet, wird der Bolschewismus den auch wir für eine Gefahr ansehen, nur gefördert. Es gehört etwas dazu, von uns zu verlangen, uns an dieser Hungerblockade gegen Sowjet-Rußland zu beteiligen, denn es leiden in erster Linie die breiten Volksmassen darunter. Gegen die Ostseeblockade haben wir in schärfster Form protestiert. Die Verhandlungen über die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen sind dem Abschluß nahe. Im Ausland hofft man, daß das deutsche Volk den Weg nach aufwärts wieder finden wird. Hoffen wir, daß diese Erwartung sich erfüllt.

Hg. Weis (Soz.): Der Gesundungsprozess, den wir in unserem Lande herbeiführen wollen, erfordert, festzustellen, wer in den langen Jahren das deutsche Volk belogen und betrogen, wer es schlecht und gut geführt hat. (Zuruf rechts: Und wer es nachher betrogen hat!) Sie (nach rechts) haben es betrogen. (Lebhafte Proteste rechts. Appell an den Präsidenten.) Kein Volk der Welt kann diese Generalbeichte zeigen, wie das deutsche Volk, die deutsche Republik. Die Wahrheit ist in Deutschland auf dem Marsch. Wir haben die Hoffnung, daß unsere Genossen in Frankreich und in England den Weg in die Geheimarchive ihres Landes zu finden wissen werden. In der kaiserlichen Politik übertraf das Bündnis der Halbfheit mit der Unfähigkeit alle anderen Bündnisse an Haltbarkeit. In den Beratungen des Unterausschusses haben wir aus einem Telegramm erfahren, daß der sogenannte Friedenskaiser keinen Wert auf Friedensvermittlung legte: „es wird vorgegangen!“ (Lebhafte Hört, hört! links.) Diese Mischung von

Unfähigkeit und Schnoddrigkeit hat den Untergang des Deutschen Reiches besiegelt. (Lebhafte Beifall links. Lärm rechts.) Die dem tragischen Possenspiel dieser Halbheit und Unehrlichkeit, die die deutschen Friedensbedingungen und die Note über den rüchstlosen U-Boot-Krieg am gleichen Tage übergeben ließen, ist das deutsche Volk zum Opfer gefallen. Wir werden nur wieder hochkommen, wenn man an unsere Ehrlichkeit glaubt. Die Königsberger „Freiheit“ vom 22. Oktober hat durch eine sogenannte Enthüllung die Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses bloßzustellen versucht. Dem dort veröffentlichten Geheimprotokoll sieht man die ausfällige Fälschung auf den ersten Blick an. In einer Sitzung, an der Scheidemann und Noke teilgenommen haben sollen, soll ein Geheiß von Stimmern Mittelungen über die Vernichtung und Fälschung der Akten des Auswärtigen Amtes gemacht haben. Dadurch soll der Untersuchungsausschuss zu dem Urteil von Deutschlands Unschuld gebracht werden. Das Protokoll dieser Sitzung, die im Juli stattgefunden haben soll, trägt das Geheiß Scheidemann, daß eine solche Sitzung niemals stattfinden dürfe, und daß Scheidemann an einer solchen weder teilnehmen noch in ihr eine Rede gehalten hat. Die Frage ist aber, wer in einer so trivialen und gefährlichen Art und Weise, Deutschland vor dem Auslande verächtlich zu machen, interessiert ist. Lenin hat in einem Programm, das allerdings für die Komintern bestimmt ist, alle chauvinistischen Bewegungen und internationalen Konflikte zu schüren. (Hört, hört!) Das sind die Drahtzieher, die von Moskau dirigiert werden. Wir haben für diese gewissenlosen Verbrechen nur den tiefsten Mitleid. Das halbscheitliche Abenteuer war für manche Kreise die letzte Gelegenheit zur Fortleitung ihrer unwahren Politik. Dieser Sabotage des Friedens gegenüber darf es keine Laune und keine Halbheit geben. Wir sprechen uns deutlich gegen eine Blockade Sowjet-Rußlands aus. Die Sowjet-Regierung ist ein Unheil für den Sozialismus. Aber ein noch größeres Unglück wäre ein Sieg der Reaktion in Rußland, der einen jahrelangen Bürgerkrieg zur Folge haben würde. Die Ententeleistungen haben hinter dem Rücken ihrer Völker, denn weder in England, noch in Frankreich ist die Blockadenote dieser veröffentlicht worden. Die französischen Genossen haben genau in derselben Ueberzeugung, wie die deutschen Sozialdemokraten am 4. August 1914, die Kriegskredite einstimmig bewilligt. Das muß gegenüber den Verdrehungen Clemenceaus festgehalten werden. Wir wollen den Völkerverbund. Wir lehnen die Auffassung ab, daß der Völkerverbund bloß ein Werkzeug des Kapitalismus sei, an dem ein Sozialdemokrat nicht teilnehmen dürfte. Die zweite Internationale muß die Grundlage des Völkerverbundes werden. Der Haß kann keine Lösung bringen. Wir müssen zusammen arbeiten, das ist das alte Programm der Sozialdemokraten, ihr Wahlprogramm nicht auch für die Zukunft: Proletariat aller Länder vereinigt Euch! (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit des Hauses.) Hg. Weis (Soz.): Ich weiß, daß es mit den lange angekündigten Reformen im Auswärtigen Amt ernst zu werden. Im Vertrauen auf Wilsons 14 Punkte haben wir den Krieg beendet, jetzt wollen wir auch den Frieden, der diesen 14 Punkten entspricht. Wir müssen vernünftige Randstaatenpolitik besonders gegenüber Polen treiben. In der Blockade Sowjet-Rußlands werden wir uns nicht beteiligen. Das Interview des Reichspräsidenten durch einen spanischen Journalisten bedarf der Aufklärung. Unser Auswärtiges Amt muß sich vor allem der Gefangenen, der Auslandsdeutschen und der Volksgenossen im besetzten zu befehden und abzutretenden Gebiet annehmen. Wir hoffen auf eine bessere Zukunft.

Hg. Schulz-Bromberg (Dnat.): Es ist unerhört, daß nach fünf Monaten Friedensschluß die Gefangenen noch nicht herausgegeben sind. Weshalb hat die Regierung das noch nicht durchsetzen können? (Lärm links. Zurufe: Hehebel!) Sie hätte sich mehr für die Gefangenen einsetzen müssen. (Zurufe bei den Demokraten: Geben Sie doch die Mittel an!) Unsere Regierung muß norurteilsfrei sein. Der Minister des Auswärtigen sollte außerhalb des parlamentarischen Systems gestellt werden. Für das parlamentarische System gilt der Satz: Mit dem Amt, kommt auch der Verstand. Meist ist aber das Amt schon vorüber, wenn der Verstand kommt. (Heiterkeit.) Hg. Dr. Geyer (Unabh.): Die rechtssozialistische Partei hat seinerzeit den U-Boot-Krieg unterstützt, namentlich der „Vorwärts“ hat unter der Redaktion Stämpfer bemüht für ihn Stimmung gemacht. (Zuruf: Quatsch! bei den Mehrheitssozialisten.) Das Programm der Regierung scheint zu sein: Frieden nach außen, und Kampf nach innen, gegen die Arbeiter. Wo es sich nicht um Worte, sondern um Taten handelt, da wird der Charakter des Auswärtigen Amtes klar. Für unser Handeln bestehen nach Osten hin nicht die Grenzen wie nach Westen. Die realen Machtfaktoren unserer Regierung sind der Kapitalismus, Finanzkräfte usw. Wir haben wieder nur eine nominelle Regierung, die keine sozialistische Politik nach außen treiben kann. Der Völkerverbund ist die organi-

atorische Zusammenfassung der Imperialisten der Welt. Der Völkerverbund ist ein Weltarrangementsvertrag der Sieger mit gegenrevolutionärem Charakter. Sein Ziel ist die Niederschlagung der sozialen Revolution. Die Blockade Sowjet-Rußlands ist die erste Tat dieses imperialistischen Völkerverbundes. Die Völkerverbundes-imperialistischen Völkerverbund ist die Vorbereitung zu einer künftigen imperialistischen Politik. Außenminister Müller hat sich bereit erklärt, an einer Interventionspolitik gegen Rußland teilzunehmen. Wir müssen die friedliche Bestimmung zum Ausdruck bringen, indem wir vor der ganzen Welt erklären, daß wir gewillt sind, mit Sowjet-Rußland in Frieden zu leben. Die Verbündeten für die gegenrevolutionären Formationen in Deutschland müssen eingestellt werden. Die zukünftigen Schicksalsschlüsse müssen entfallen und ihnen die Möglichkeit geboten werden, möglichst schnell nach Hause zurückzukehren. Wir bekämpfen die jegliche Regierung und ihre auswärtige Politik, weil sie nicht gewillt ist, diese Forderungen zu erfüllen. Unser Kampf gilt auch der Nationalversammlung, die sich gegenüber ihre gegenrevolutionäre Bestimmung, offen zum Ausdruck gebracht hat. (Gelächter.) Wir alle haben, wenn es die revolutionäre Pflicht erfordert, genau dasselbe getan und werden es auch weiterhin tun. Auf der einen Seite stehen wir als die Vertreter des Massenbewußten Proletariats, auf der anderen Seite steht die Gegenrevolution, zu der auch die Rechtssozialisten gehören. (Gelächter bei den Soz.) Die Sache Sowjet-Rußlands ist die Sache der revolutionären Arbeiterbewegung aller Länder. Ich wiederhole... (Gelächter.) Bizepräsident Haußmann erhebt den Vorwurf, dem Hauße die ständigen Wiederholungen zu ersparen, im Interesse der Angehörigen, für die doch der achtstündige Arbeitstag gelten sollte. Der Modadeckelung der Entente Sowjet-Rußland gegenüber empfinden wir tiefsten Mitleid und erklären uns mit ihm solidarisch. Wir erwarten von dem internationalen revolutionären Proletariat dieselbe Solidarität, wenn bei uns die große Auseinandersetzung kommt. (Lebhafte Beifall bei den Unabh.) Minister Müller (mit Unruhe empfangen, Zurufe: Achtstundentag!) Die Partei des Hg. Geyer war nicht immer für eine Verständigung mit Rußland. Die Volksbeauftragten einschließlich Hauße haben es abgelehnt, die diplomatischen Beziehungen mit Sowjet-Rußland aufzunehmen. Freitag 1 Uhr: Weiterberatung. Schluß 7 Uhr.

Die Einberufung des Völkerverbundes.

Die „Times“ berichten aus Paris: Wilson wird die erste Sitzung des Völkerverbundes einberufen haben. Vierzehn Tage nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages müssen drei Mitglieder des Völkerverbundes für die Kommission für Festlegung der Grenzen des Saargebietes ernannt werden. Artikel 48 des Friedensvertrages bestimmt nämlich, daß eine Kommission von fünf Mitgliedern, bestehend aus einem Franzosen, einem Deutschen und drei vom Völkerverbund zu ernennenden Mitgliedern innerhalb 14 Tagen nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages zusammenzutreten muß, um die Grenzen des Saargebietes festzusetzen. Der Oberste Rat befragte Wilson vor einigen Tagen vor Kabel darüber, ob er den Rat des Völkerverbundes einberufen gedenke, bevor der amerikanische Senat den Friedensvertrag ratifiziert haben würde. Wilson antwortete, er sei für die Einberufung. Der Oberste Rat legte darauf der amerikanischen Kommission einen Entwurf für die Einberufung des Völkerverbundes durch Wilson vor, dessen Wortlaut sofort nach Washington gelangte und dem Präsidenten vorgelegt wurde. Dieser Entwurf enthält die Bestimmung, daß die erste Sitzung des Völkerverbundes an dem gleichen Orte abgehalten werden soll, wo die Unterzeichnung des ersten Protokolls der Ratifikation stattfindet. Man erwartet die Antwort des Präsidenten. Stimmt dieser zu, so werden drei historische Ereignisse zusammenfallen, nämlich der Austausch der Ratifikationsurkunden, das Inkrafttreten des Friedensvertrages und der Zusammentritt des Völkerverbundes.

Keine Verschiebung der internationalen Arbeiterkonferenz.

Basel, 24. Oktober. Die amerikanische Friedensmission demontiert die Meldung französischer und englischer Blätter, daß die internationale Arbeiterkonferenz verschoben sein soll. Der Kongress wird zur festgesetzten Zeit stattfinden, d. h. in der letzten Woche des November. In Washington werden bereits alle Vorbereitungen getroffen, um die Delegierten zu empfangen.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.
20. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Was machte die Brücke? War er mit den Fortschritten zufrieden? Niemand Meter fehlten noch an dem Hauptbogen? Wie ging dem Arbeiter, der vorige Woche das Bein gebrochen hatte? Sie hatte ihn nach Ebersfeld ins Krankenhaus einige Flaschen Wein geschickt. Das war ihm doch recht?
Sagte er denn heute die Zeichnungen mitgebracht, aus denen er ihr noch verschiedene Details erklären wollte? Wenn er sie vergessen hatte, fing sie an zu schmelzen, im Innern aber dachte sie: Gott sei Dank! Dann kann man dieses langweilige Thema abfüllen. ... Hatte er aber wirklich etwas zu erklären, so hörte sie mit gespannter Aufmerksamkeit zu und wußte ihre Verständnislosigkeit so gut zu verbergen, daß er strahlend vor Glück behauptete, er könne sie nächstens als Hilfsingenieur engagieren.
Sonntag abends kamen meist Gäste, dann trat Horstmann unwillkürlich in den Hintergrund. Ohne Meid sah er zu, wie Anna sich mit ihren Bekannten über Dinge unterhielt, die er nicht verstand, die ihn nicht interessierten. Manchmal mußte er auch seiner Frau zu Liebe eine größere Gesellschaft mitmachen oder selbst eine geben. Aber er war ein geistlicher Tischgenosse. Einfühlige sah er an der geschmückten Tafel, und weder das Lachen um ihn herum, noch der Glanz der Lichter, noch der Wein konnte den verdrossenen Trotz aus seinen Zügen entfernen. Ohne daß er es wollte, machte er den Eindruck, als wenn er die ganze Gesellschaft verachtete und haßte. Die Leute verzagten ihm diese Unhöflichkeit, indem sie ihn für einen unangenehmen Menschen erklärten. Einen einzigen Gegenstand gab es, der ihn zum Reden brachte, und das war seine Brücke. Wenn er davon anfang, hörte er sobald nicht wieder auf.
Ob genug teilte er seinen Zuhörern in eine Ecke fest und redete ihm kundenlang die Ohren voll. Aber auch hierin war er nicht glücklich. In dieser nainen Reminiscenz der eigenen Schöpfung lobte er sich selbst über die Maßen. Er erzählte, daß die beiden höchsten Segelschiffe der Welt im vollem Schmutz der Segel unter dem Hauptbogen würden durchfahren können. Was waren das gegen die Triumphbogen des Konstantin auf dem römischen Forum, an denen Tausende von Menschen Jahrzehnte lang gearbeitet hatten! Er mit seinen dreihundert Arbeitern, mit seinen erbarmlichen vier Millionen würde einen höheren Bogen schaffen von derselben Dauerhaftigkeit! Und mit diesen Reminiscenzen verband er Schmähungen gegen die staatlichen Baumeister und Ingenieure, die für ihn ein Haus eingebildet, nichtskönnder Bedanten waren. ... Durch seine Reden machte er sich ebenso unlieb wie durch sein Schweigen. Aber er merkte nichts davon.

Mit dem Morgenrauschen fuhr er nach Luringen zurück und hatte über der Arbeit bald die ganze Gesellschaft vergessen.
Es gab nur wenige ganz leichte Schatten in dem hellen Bild seiner Ehe, die ihren Glanz aber nicht zu trüben vermochten. Horstmann stand nicht gut mit seinem Schwager. Dehwitz, der öfters in Geldnot sah, hatte sich herabgelassen, von ihm größere Summen zu borgen. Von Zeit zu Zeit mahnte der Ingenieur ihn. Dehwitz nahm dann immer den Mund sehr voll: in nächster Zeit würde er für sein Geschäft größere Umschlüsse machen, dann würde alles bis auf Heller und Pfennig beglichen. Uebrigens seien solche Darlehen zwischen Verwandten doch etwas anderes als Schulden und Schneiderschulden, deren Rückzahlung drängte. Horstmann ärgerte sich über diesen ausgebliebenen schädigen Ton. Aber auf Annas Wunsch ließ er die Sache ruhen. Um seinem Schwager behilflich zu sein, machte er ihm sogar den Vorschlag, ihn bei seinem Werk anzustellen. Aber der Hauptmann wies dies Anerbieten stolz zurück. Ein Untergebener seines Schwagers zu werden, das hätte ihm gerade gefehlt.
Auch Frau Regierungsrat wurde Horstmann auf die Dauer unympathisch.
Ueber die Schulden hatte er freilich noch nichts erfahren, da Anna von ihrem Budget einen Teil an Schöbel zurückgezahlt hatte. Aber Frau Dörsch, die zuerst von ihrer Witwenpension gelebt hatte, war ihrer Spekulationslust wieder verfallen und sah in neuen Schulden. Schließlich wirtschaftete sie ganz auf Horstmanns Kosten. Er bezahlte die Miete, das Dienstmädchen, die Toiletten, einfach alles für sie. Als er Anna einmal fragte, was ihre Mutter denn eigentlich mit ihrer Pension mache, erwiderte diese in ihrer nonchalanten Art: „Das bißchen Pension! Vielleicht kauft sie sich Zahnpulver dafür.“
Horstmann hatte sich vor seiner Verheiratung als obersten Grundriss hingestellt, in Geldsachen nur nicht schädig zu sein. Deshalb handelte er seinem Gefühl entgegen und bezahlte alle möglichen Dinge, ohne ihnen näher auf den Grund zu gehen. Aber trotz seiner Zeitgemäßigkeit erklärten seine Verwandten ihn für einen Knauser. Anna verteidigte ihren Mann. Aber auf die Dauer bewies sich das alte Band, das sie an ihre Familie knüpfte, härter als das neue. Das lag an den Verhältnissen selbst. Ihre Schwester, ihre Mutter sah sie jeden Tag, ihren Mann aber nur einmal in der Woche.
Immerhin waren diese Dinge, wenn in ihnen auch der Reim zu zünftigen Zerwürfnissen lag, allein nicht stark genug, um das Glück der Ehe zu trüben. Unterhalb Jahr war das Ehepaar verheiratet, ohne daß es einen ernstlichen Zwist gegeben hätte.
Es wurde im Herbst das neue Haus in der Hofgartenstraße bezogen. Für die damalige Zeit, wo Düsseldorf noch eine stille, behagliche Arbeiterstadt war, erschien das Haus außerordentlich prächtig. Mit seinen gelben Sandsteinquadern, dem hohen

schmiedeiserne Tor an der Seite lag es fast trockenhaft neben dem viel bescheideneren Hause des Bierbrauers Oswald.
Von nun an wohnte Frau Horstmann ein Leben wirklich vornehmen Stils. Sie hielt sich Pferde und Wagen, Dienerschaft, einen Gärtner. Und da sie der Aufsicht war, daß das neue Haus auch neue Verpflichtungen auferlege, vergrößerte sie ihren Bekanntenkreis gleich um das Doppelte. Ueberall warf sie Karten ab, ließ sich einladen, lud ein, als wenn sie die halbe Stadt durch ihre Räume schleppen wollte. In kurzer Zeit gehörte sie zu den gefeiertsten Frauen. Sie hatte einen ganzen Stab von Courmachiern. Bei allen größeren Festen spielte sie die Hauptrolle. Die Künstler drängten sich in ihr Haus, und ihr Bild war schon von drei der besten Porträtisten bei Schulte ausgestellt worden. Die Offiziere schwärmten für sie, und wenn gegen Mittag die Soldaten mit klingendem Spiel von der Goltzheimer Heide zurückkehrten, so war es Sitte, daß kurz vor ihrem Haus die Musik neu einsetzte, und alle, der Oberst, die Majore, die Leutnants, bis zu den blöden Bauernjungen von Rekruten machten „Augen rechts“, wo hinter den grünen Blattspränzen des Wintergartens die tödlichen Loden und das lächelnde Gesicht der schönen Frau sichtbar wurde.
In dieser Zeit übertrugte ihr Ansehen entschieden das der Frau Oswald. Diese bewahrte zwar noch immer ihre straffe königliche Haltung und den unachamblich hochmütigen Ausbruch im Gesicht, aber „sie hatte entschieden verloren“, wie die Leute sagten. Ganz plötzlich war die Redensart aufgetaucht, und wie man sie jahrelang die schöne Frau von dreißig genannt hatte, nahm jetzt alle Welt einen gewissen mittelbigen Ton an, wenn das Gespräch auf sie kam. Dabei war seit dem Tage, wo ihre Nachbarin das neue Haus bezogen hatte, durchaus keine besondere Veränderung vorgegangen mit ihr. Sie hatte nicht eine Kränzel, nicht ein weißes Haar, nicht einen falschen Zahn mehr bekommen. Und doch hieß es allgemein, sie sei passé. Man wandte sich von ihr ab, wie man sich von einer Mode abwendet, ganz plötzlich, indem der Geschmack aufs gerade Gegenteil verfällt und das, woran er so lange gewöhnt war, abstoßlich findet. Was Frau Oswald litt, kann nur eine eitle Frau nachfühlen, aber sie ließ sich nichts merken.
Die wirkliche Weltweite ist ein ebenso seltener Typus wie der wirklich religiöse Mensch oder der wirklich Künstler. Repräsentieren ist ein Beruf, zu dem die Frau geboren sein muß, und den sie in mancher schlaflosen Nacht zu erkennen hat. Er erfordert die feinsten und seltensten Eigenschaften, wenn auch nicht gerade die tiefsten. Und in einer Stadt wie Düsseldorf, wo in den siebziger Jahren die Maler noch die erste Rolle spielten, mußte die Frau, welche tanzen und sein wollte, noch etwas ganz Besonderes haben, eine gewisse künstlerische Phantasie, eine feine Art, die feinen gesellschaftlichen Formen durch freien Uebermut zu mildern.
Fortsetzung folgt

Entente-Maßnahmen gegen den Protest-Streit am Niederrhein.

Der Oberbefehlshaber der Rheinarmee, Generalleutnant Michel, hat eine Verordnung erlassen, in der auf Grund des Waffenstillstandsvertrages die Eisenbahnbeamten und Arbeiter aufgefordert werden, auf ihren Posten zu bleiben und sich als aufgebunden zu betrachten. Wer diesem Verlangen nicht nachkommt, werde vor ein Kriegsgericht gestellt. Die Bevölkerung ist jedoch entschlossen, den Streit durchzuführen.

Die deutsch-polnische Grenze.

Der „Corriere Warzawski“ meldet, daß die deutsche Regierung an die Entente das Ersuchen gerichtet habe, an dem im Friedensvertrag festgelegten deutsch-polnischen Grenzen entsprechende Veränderungen vorzunehmen. Auf eine Anfrage der Entente hierüber erklärte die polnische Regierung, daß sie keine Veränderungen zulassen werde, dagegen aber bereit sei, mit der deutschen Regierung über den Austausch einiger Grenzortschaften, in denen das polnische Element überwiegend ist, in Verhandlungen zu treten.

Beschlagnahme deutschen Vermögens in Bulgarien?

Zu der von einigen Blättern verbreiteten Nachricht, daß die Bulgaren die Beschlagnahme des Vermögens deutscher Staatsangehöriger vorbereiten, erfahren die „B. V. N.“ von gut unterrichteter Seite, daß in Bulgarien tatsächlich eine Verordnung unter dem 10. September erlassen wurde, die eine Zwangsverwaltung der Unternehmungen der ehemaligen Verbündeten auspricht. Aber die Tragweite dieser Verordnung ist bisher kein zuverlässiges Urteil möglich, insbesondere besteht keine Möglichkeit festzustellen, ob die bulgarische Regierung aus freiem Ermessen eine derartige Verordnung erlassen habe, oder ob, was auch möglich wäre, seitens der Entente der Erlass eines derartigen Gesetzes von der bulgarischen Regierung einfach verlangt wurde, um den deutschen Unternehmungen Schwierigkeiten zu bereiten.

Das Ideal eines Parteiprogramms.

Die Deutsche Volkspartei hat ein neues Parteiprogramm aufgestellt, das „unter klümeliger Begeisterung in ganzen einstimmig angenommen wurde“. Wer das Programm liest, wird sich nicht weiter darüber wundern, daß jeder einzelne deutsche Volksparteiler ihm begeistert zustimmt.

Die Partei hält „die Monarchie für die Deutschland entsprechende Staatsform“. Das heißt „man wolle sich heute noch nicht auf die Monarchie einschreiben, sondern abwarten, ob die Republik ihren Befähigungsnachweis erbringt“. Denn „die Republik als solche sei für die Partei eine durchaus vorzügliche Staatsform“.

Die Sozialisierung wird abgelehnt, weil sie „entweder den Bolschewismus oder den Kapitalismus zur Folge haben müsse“. Da die Sozialisierung aber der Weg zum Sozialismus ist, werden damit der Sozialismus, der Kapitalismus und der Bolschewismus gleichmäßig abgelehnt. So ist man gewiß keinem Unrecht. Nur bleibt es zweifelhaft, von welchem unbekannten Wirtschaftssystem die Deutsche Volkspartei das Heil erwartet.

Für das Betriebsrätegesetz ist es ebenfalls nicht zu haben. (Ist es ihr etwa nicht rational genug?) „Besserung könne dagegen der Reichswirtschaftsrat bringen“. Aber dieser kann doch schließlich, wenn er einen Sinn haben soll, nur als Krone des ganzen Kämmerleins gedacht werden!

„Die Partei wolle die Konfessionschule erhalten“. Aber „wo die Simultanschule Gutes gewirkt habe, solle sie bleiben“. Die „nationale Einheitschule“ wird gefordert. Dagegen „müßten auch die Privatschulen erhalten bleiben“.

In diesen Rahmen paßt denn auch die Forderung der Frauen der Deutschen Volkspartei. „Die Frauen forderten grundsätzliche Gleichberechtigung. Sie würden aber auch, wenn alle ihre Forderungen nicht sofort erfüllt würden, bei der Partei bleiben“.

Wo die Deutsche Volkspartei ist für die Monarchie. Sie ist aber auch für die Republik. Sie ist weder für den Sozialismus, noch für den Kapitalismus, noch für den Bolschewismus. Sie ist für den Reichswirtschaftsrat. Sie ist aber gegen das Rätegesetz. Sie ist für die Konfessionschule. Sie ist aber auch für die Simultanschule. Die Frauen sind für die Partei, wenn sie gleichberechtigt sind. Sie sind aber auch für die Partei, wenn sie nicht gleichberechtigt sind. . . .

Es geht doch nichts über ein schönes kleines Programm, dem alle einstimmig und begeistert zustimmen können.

Koalition und Klassenkampf.

Auf der Luzerner Konferenz hat der französische Renardel die treffende Bemerkung gemacht, für die deutsch-österreichische Sozialdemokratie sei der Kapitalismus nur Epimetheus; in Wien lächelte sie sehr vernünftig. Die „Freiheit“ beruft sich sehr oft darauf, daß die österreichischen Sozialdemokraten auf dem Standpunkt der „Unabhängigen“ stünden. In Wien ja, in Losen nicht. Nebenbei ist doch eine gemeinsame Regierungskoalition mit den Christlichsozialen, dem deutschen Zentrum. In der wienischen Zeitschrift „Kampf“ reiert Julius Deutsch den Geist der Koalition. Welche Kreise der Arbeiterpartei beherrschte großer Unmut gegen die besprechende Forderung, weil die wirtschaftliche Bewegung nicht sofort kommen soll. Aber die Arbeiter seien noch nicht weit genug zur Alleinherren; sie müßten sich mit einer Minderheit begnügen. Die österreichischen Sozialdemokraten hätten unbedingt fest an der Demokratie, und diese bedingte Koalition und Herrschaftsteilung. In dem nächsten Zustand, in dem sich gegenwärtig Deutsch-Österreich befindet, gebe es für die rückwärtslose Anstrengung der Arbeiterpartei keine tragfähige Unterlage. Alles sehr vernünftig und — mehrheitssozialistisch!

Sind die Löhne jetzt hoch?

Dr. Kuczynski, Direktor des Statistischen Landes der Stadt Berlin-Schöneberg, gibt eine Zeitschrift „Unsere Finanzen“ heraus, die u. a. die folgenden Ausführungen enthält:

Die Löhne sind jetzt bei uns hoch im Vergleich mit der Vorkriegszeit, aber sie sind niedrig gemessen an den Preisen und im Vergleich mit dem Ausland. In Nordamerika, in England, in den Vereinigten Staaten sind die Löhne entsprechend der Verteuerung der Lebenshaltung durchschnittlich auf etwa das Doppelte ge-

gen. Da unser Papiergeld nur zwei Siebentel soviel wert ist wie das fremde Geld, hätte der Lohn bei uns auf das Siebenfache steigen müssen, um — an der fremden Währung gemessen — mit der Entwicklung des fremden Lohnes Schritt zu halten. Tatsächlich ist aber der Stundenlohn nur etwa auf das Dreifache, der Wochenlohn nur etwa auf das Zweieinhalbfache gestiegen. Vor fünf Jahren war der Stundenlohn der Maurer in den englischen Großstädten etwa ebenso hoch wie bei uns, sein Februar-März 1919 Manchester 1 Schilling 8 Pence, d. h. rund 6 Mk. oder doppelt soviel wie in Berlin. In Schweden stieg der Wochenlohn von 1914 bis 1918 für die Maurer von 32 auf 64 Kronen, für die Maler von 30 auf 60 Kronen. Er beträgt dort also für diese Bauhandwerker rund 250 Mk. gegenüber 100 Mk. im Durchschnitt des Deutschen Reichs.

Vielmehr sind die Löhne bei uns jetzt (in Papier) noch nicht einmal so hoch wie in den Vereinigten Staaten vor dem Kriege. Im Mai 1913 betrug der übliche Wochenlohn der großstädtischen Maurer 23,85 bis 38,50 Dollar, d. h. 100 bis 162 Mk. Heute dürfte dort ein Wochenverdienst von 1000 Mk. (60 Dollar) für einen gewissen Arbeiter nichts Seltenes sein. Ein deutscher Millionär, der auf den Gedanken käme, seine Rente drüben zu verzehren, müßte sich also zunächst wohl etwa mit der Lebenshaltung eines gelehrten Arbeiters begnügen, was gegenüber jetzt zwar eine Verbesserung in seiner Ernährung, in den meisten anderen Beziehungen, aber eine erhebliche Einschränkung bedeuten würde.

Nicht man den heutigen Arbeitslohn an der Vorkriegswaluta (was wenig Sinn hat), so erscheint er bei uns höher als in Nord- und Westeuropa, aber nur etwa halb so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Nicht man den heutigen Arbeitslohn an der heutigen Waluta, d. h. vergleicht man die tatsächlichen Nominallöhne, so erscheint er bei uns noch nicht halb so hoch wie in Nordamerika und in England und vielleicht nur ein Siebentel so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Nicht man den heutigen Arbeitslohn an den Kosten der Lebenshaltung, d. h. vergleicht man die Real-löhne, so erscheint er bei uns vielleicht um zwei Fünftel geringer als in Nordamerika und in England und vielleicht ein Viertel so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Nicht man endlich den heutigen Arbeitslohn an der Arbeitsleistung, d. h. vergleicht man, was ein Arbeiter für 1 Mk., 25 Dene, 3/4 Pence, 6 Cents leistet, so erscheint er bei uns wesentlich niedriger als in Nordamerika und in England und wohl sogar nur ein Drittel so hoch wie in den Vereinigten Staaten. . . .

Die Vorteile, die den deutschen Unternehmern daraus erwachsen, daß ihnen jetzt relativ billige Arbeitskräfte in beliebiger Menge zur Verfügung stehen, und daß ihnen im Wettbewerb mit dem Ausland noch ein weiter Spielraum für Lohnrückführungen verbleibt, werden aber dadurch ausgewogen, daß sie infolge der geringen Leistung des einzelnen Arbeiters ihre Werkstätten, ihre Maschinen und so weiter nicht voll ausnutzen können. Ihre Lage wäre erst dann wirklich günstig, wenn sie die heutigen Löhne verdoppeln und die Arbeiter gleichzeitig ihre Leistungen verdoppeln würden. Wenn jetzt so viele Unternehmer wie gebannt auf die hohen Geldlöhne blicken und nicht begreifen, daß der Arbeiter, dessen Reallohn nur etwa halb so hoch ist wie vor dem Kriege, viel weniger leistet als früher, so liegt das vor allem daran, daß sie stets in dem Nominallohn einen starren Faktor gesehen haben, der nur zu ihren Ungunsten erhöht werden könnte. Sie wußten es nicht oder wollten es nicht wahr haben, daß man in den Vereinigten Staaten nicht teurer heute als bei uns, auch wenn der Lohn für das Legen von 1000 Ziegeln das Doppelte betrug. Und nie war es ihnen eingegangen, daß eine Voraussetzung für den Aufschwung der amerikanischen Industrie eben die hohen Löhne waren, die zu den gewaltigen Fortschritten in Technik und Organisationswesen zwangen.

Wären die Reallohn bei uns so niedrig wie sie sind, dann werden uns die anderen Länder auch auf technischem Gebiet den Rang ablaufen. Was wir brauchen, und was wir nicht haben, sind anständige Arbeitsleistungen. Die wichtigste, nicht die einzige Vorbedingung dafür ist eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Anmerkungen:

* Ich schätze, daß in den Städten der Stundenlohn durchschnittlich von rund 50 Pfg. auf rund 1,50 Mk., der Wochenlohn von annähernd 30 Mk. auf reichlich 70 Mk. gestiegen ist. In den Großstädten war die Steigerung wohl im allgemeinen stärker. In Groß-Berlin dürfte der Stundenlohn von etwa 65 Pfg. auf etwa 2,25 Mk., der Wochenlohn von rund 35 Mk. auf rund 100 Mk. gestiegen sein.

** Auch in Schweden war die Lohnsteigerung in den Großstädten besonders stark: in Stockholm stieg der Wochenlohn für die Maurer von 25 auf 62 Kronen, für die Maler von 40 auf 87 Kronen.

*** Nehmen wir der Einfachheit halber an, ein Tagelohn von 5 Schilling sei in England vor dem Kriege nur ein ebenso hoher Reallohn gewesen wie ein Tagelohn von 5 Mk. in Deutschland. Nehmen wir weiter an, der Tagelohn sei in England auf 10 Schilling in Deutschland auf 13 Mk. gestiegen, und die Lebenshaltung sei heute in England zweimal, in Deutschland dreieinhalbmal so teuer wie vor dem Kriege, so würden sich die Real-löhne in England und Deutschland jetzt wie $\frac{10}{2}$ zu $\frac{13}{4,5}$ d. h. wie 1 zu 0,58 verhalten.

† Wie hilflos selbst hervorragende Praktiker bei uns sind, wenn sie solche wirtschaftlichen Zusammenhänge unterfragen, dafür sei ein Beispiel. In seinem in der „Deutschen Gesellschaft 1914“ gehaltenen, in der „Demokratie“ vom 25. Juni 1919 veröffentlichten Vortrag „Die Zukunft der deutschen Finanzen“ sagte der Direktor der Deutschen Bank, Rasmann: „Vor dem Kriege wurden in Oberösterreich den Bergarbeitern für die Schicht im Durchschnitt 1,50 Mk. Lohn bezahlt. Der Arbeiter forderte dabei durchschnittlich 13,50 Mk., also das Dreifache, und da unsere Salute auch im Ausland nur ein Drittel wertet, so wären wir jetzt nicht weniger, aber auch nicht mehr konkurrenzfähig als vor dem Kriege — wenn der Arbeiter auch jetzt noch eine Lanne pro Schicht fordern würde. Das tut er aber nicht; er fordert nur 1/2 Lanne.“ Rasmann weiß nicht oder vergißt, daß in England die Löhne auf das Doppelte gestiegen sind, so daß wir bei unvorbereiteter Leistung nicht ebenso, sondern doppelt so konkurrenzfähig wären wie vor dem Kriege. Nehmen wir an, die Leistung sei bei uns um 1/2, in England um 1/2 gestiegen, so wäre unsere „Konkurrenzfähigkeit“ gegenüber England im Verhältnis von 10 : 7 zu unseren Gunsten verschoben. (Selbstverständlich sind die Fälle viel zahlreicher, in denen die Lohnverhältnisse abschätzig falsch dargestellt werden, wie z. B. in folgender in den amtlichen „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ vom 31. Juli d. J. veröffentlichten Mitteilung aus Kürnberg über die Lohnindustrie: „Die Löhne haben eine Höhe erreicht, die jeden Wettbewerb mit dem Ausland unmöglich machen und die deutsche Industrie, wenn nicht ganz andere Verhältnisse eintreten, wohl von jeder Aussicht ausschließen werden.“)

††) Nimmt man an, der deutsche Arbeiter habe vor dem Kriege für einen Tagelohn von 5 Mk. (119 Dollar) 100 Einheiten hergestellt, der amerikanische Arbeiter für einen Tagelohn von 15 (37,5 Dollar) 150 Einheiten, und nimmt man weiter an, der deutsche Arbeiter heute herje für einen Tagelohn von 13 Mk. nur 30 Einheiten her, der amerikanische Arbeiter für einen Tagelohn von 115 Mk. (7 Dollar) wieder 150 Einheiten, so wäre die Leistung des Deutschen, am Dollar gemessen, vor dem Kriege doppelt und heute dreimal so groß wie die des Amerikaners.

14. Generalversammlung der Metallarbeiter.

kr. Stuttgart, 21. Oktober 1919.
Neunter Verhandlungstag.

Die Beratung des Statuts wird fortgesetzt. Die Opposition will die Erwerbslosenunterstützung eine Kampforganisation mit der Unterstützung der Erwerbslosen Sache des Staates sein. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag zwar abgelehnt, gleichzeitig ist damit auch der Antrag der Statutenänderungskommission auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung gefallen. Es gelten also für diesen Unterstützungszweck die alten, niedrigeren Sätze. Die von der Statutenänderungskommission vorgeschlagenen Sätze für Streit- und Maßregelungsunterstützung — 24 Mark für Ledige, dazu für Verheiratete 6 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. — sind der Opposition zu niedrig. Es wird beschlossen, die Grundsätze von 24 Mk. auf 30 Mk. zu erhöhen.

Ein Antrag auf Ausschließung von Mitgliedern, die den Reorganisationen beizutreten, wird abgelehnt. Bei Antrag 24, der den Vorsitz im Vorstand regelt, kommt es zu tumultartigen Szenen. Dem Vorsitzenden Brandes wird Parteinahme zugunsten seiner Gefinnungsgenossen vorgeworfen.

Die Bezirke des Verbandes sollen mit Rücksicht auf die politische Umgestaltung Deutschlands und die Vergrößerung des Verbandes in anderer Weise eingeteilt werden. Die Neueinteilung der Bezirke wird dem Vorstande und dem erweiterten Beirat überlassen.

Eine lebhafte Debatte entzieht bei den Anträgen über die Neueinteilung und die Neuwahl der Beamten. Dem Vorstande soll das Bestätigungsrecht der Ortsverwaltungen genommen werden.

Es folgen die Vorstandswahlen. Gewählt werden als Vorsitzende Brandes (U. S. P.), Dittmann (U. S. P.) und der jetzige 2. Vorsitzende Reichel (S. P.), ferner der jetzige 1. Kassierer Werner, als 2. Kassierer Schäfer-Leipzig (U. S. P.), als Sekretäre H. Siefert-Hamburg (U. S. P.), Feinr. Schlichte-Remscheid (U. S. P.), Otto Tost-Berlin (U. S. P.) und der jetzige Sekretär Herm. Jernitz (S. P.). Die Schriftleitung der „Metallarbeiter-Zeitung“ übernehmen R. Müller-Berlin und P. Hanf-Kiel (U. S. P.). Die jetzigen Vorsitzenden werden nicht wiedergewählt. In ihre Stelle treten Lang und Baumann, Frankfurt a. M. (U. S. P.).

Zu dem in Aussicht stehenden Internationalen Metallarbeiter-Kongress werden neun Delegierte bestimmt. Daraus wird die Statutenberatung fortgesetzt. Von den Beiträgen der männlichen Mitglieder sind 25 Pfennig, von denen der weiblichen Mitglieder 10 Pfennig für örtliche Zweige verfügbar. Für Statutenänderungen ist, wie früher, eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig. Eine lebhafte Aussprache zeitigt noch der § 28 des Statuts, der die Streiks regelt.

Das neue Statut soll am 1. Januar 1920 in Kraft treten, die erhöhte Streit- und Maßregelungsunterstützung wird sofort wirksam.

Die weiteren Verhandlungen werden auf morgen verlagert.

kr. Stuttgart, 22. Oktober 1919.

Zehnter Verhandlungstag.

Die Rechnungscommission erstattet Bericht über die Beratungen zu den Diäten der Bezirksleiter und der Entschädigung des Ausschusses. Die Diäten der Bezirksleiter werden auf 30 Mk. festgesetzt, dem Ausschuss wird eine Entschädigung von 3000 Mk. bewilligt. Es folgt der Bericht der Bescherdelkommission. Die politische Tendenz, die den Verbandstag beherrscht, kommt auch bei der Erörterung der Beschwerden zum Ausdruck. Besonders bei einer Beschwerde des Fromm (Leipzig), in der sämtliche Instanzen und selbst die Bescherdelkommission, die in ihrer Mehrheit aus U. S. P.-Deuten bestand, für Fromm entschuldigend, kam der Verbandstag zu der Ansicht, daß der Fall nur einer anderen Untersuchungskommission geprüft werden soll. Nach der Abstimmung erklärt Haas (Erlangen), daß er noch keine Versammlung beigewohnt habe, die so gemessenlos in ihren Handlungen sei, wie der Verbandstag. Diese Erklärung ruft einen ungeheuren Tumult hervor, und der Vorsitzende Brandes weist die Vorwürfe zurück, wobei er allerdings selbst sagen muß, daß man dahingestellt lassen müsse, ob die Beschlüsse der G. V. richtig sind.

Von Kummer und Genossen wird der G. V. folgende Entschließung unterbreitet:

„Die erste Vorbedingung für den Erfolg unseres Verbandes ist seine organisatorische Geschlossenheit und zahlenmäßige Stärke. Aus dieser Grunde hat die 14. Generalversammlung beschlossen, die Vereinigung aller in der Metallindustrie Beschäftigten mit ganzer Kraft zu fördern.“

Diese Befrebung aber wird erschwert, wenn nicht ganz vereitelt, durch die Abspaltung der sogenannten Syndikalistinnen. Seit einiger Zeit wird in steigendem Maße von Mitgliedern als auch von außerhalb des Verbandes stehenden Personen — Syndikalistinnen — in Wort und Schrift zum Austritt aus dem Verband und zur Gründung von Sonderorganisationen aufgefordert. In Anbetracht dieser Zustände fordert die 14. Generalversammlung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes den Vorstand wie die Mitglieder auf, diesen Bestrebungen der Syndikalistinnen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Wer solche Bestrebungen unterstützt, oder ihnen Vorstoß leistet, ist als Schädiger der Verbandesinteressen zu behandeln. Niemand kann gleichzeitig Mitglied des deutschen Metallarbeiter-Verbandes und einer Konkurrenzorganisation sein.“

Die Entschließung zeitigt eine Aussprache zwischen „Unabhängigen“ und Kommunisten und wird schließlich angenommen mit einer von R. Müller beantragten Einschaltung in der ersten Zeile: „Die neue Kampf- und Organisationsbasis.“ Als Tagungsort der nächsten Generalversammlung wird Jena bestimmt.

Nach einer Schlussrede von Brandes wird die Generalversammlung geschlossen. Sie steht in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung einzig da. Für die weitere Entfaltung des Verbandes und für die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen bringt die Tagung bis jetzt noch nicht übersehbare Auswirkungen.

Die jetzige Opposition, die nunmehr die Mehrheit im Vorstand des Verbandes hat, wird — allem Vorhergegangenen nach — ihre politischen Ziele nachdrücklich weiter verfolgen, und es ist zu befürchten, daß der Metallarbeiter-Verband zu einem Tummelplatz politischer Leidenchaften wird, und daß die praktischen Fragen und Ziele, die der Verband seiner Verfolgung, dadurch in den Hintergrund gedrängt werden.

Nachrichten für deutsche Aus- und Einwanderer.

Wesentliche Auskunftsstellen für Wanderungswesen wurden eröffnet in Braunschweig, Hagenmarkt 13, und Magdeburg, Kaiserstr. 48. In Hildesheim befindet sich eine solche Börderer Brühl 16.

Vor der sogenannten Interessengemeinschaft deutscher Auswanderer und der Siedlungsgehilfen „Nova Bemera“ in Kürnberg, Leiter: Lehrer H. Wirth in Kürnberg, wird gewarnt. Die von diesem Unternehmen verbreiteten Angaben usw. entsprechen in keiner Weise den Tatsachen.

Pässe nach der Ukraine haben gar keinen Wert, können ihre Inhaber in den jugo-slavischen Ländern, die der Reisende nach der Ukraine passieren muß, sogar in direkte Gefahr bringen, da diese Länder eine „Ukraine“ nicht anerkennen. Reisende nach Mexiko erhalten keine Reiseerlaubnis durch Nordamerika. Die Lebenskosten in Nordamerika haben sich nach amtlichen Nachrichten seit Dezember 1914 um 78 Prozent erhöht. Die Zahl der Auswanderer aus den Vereinigten Staaten soll in den letzten Monaten auf 30 000 je Monat gestiegen sein.

Warenausgabe

in der Woche vom 27. Okt. bis 2. November 1919.

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelkarte:

Butter:	Abchnitt 101	80 Gramm	Butter zum Preise von 86 Pfg.
Speisefett:	101	70 Gramm	Margarine zum Preise von 60 Pfg.
Warenkarte:	174	175 Gramm	Auslandsmargarine zum Preise von 3.75 Mk.
Zucker:	189-141	je 125 Gramm	Zucker zum Preise von 3.50 Mk. für 1 Pfd.
Mühlenfabrikate:	181	125 Gramm	amerik. Reismehl zum Preise von 3.50 Mk. für 1 Pfd.
Warenkarte:	175	125 Gramm	amerik. Reismehl zum Preise von 3.50 Mk. für 1 Pfd.
Muffinmittel:	101	250 Gramm	Marmelade zum Preise von 1.30 Mk. für 1 Pfd.

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes und Butter, Speisefett, Zucker, Reismehl und Marmelade in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts erfolgt ist.

Auf die Lebensmittelkarte dürfen diese Waren nur in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften entnommen werden.

Die auf Warenkarte Abchnitt 174 zur Ausgabe gelangenden 175 Gramm Auslandsmargarine sind in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts für Butter erfolgt ist.

Auf die Bezugskarte für Muffinmittel in der Woche vom 27. Oktober bis 2. Novbr. 1919:

Ganze Wochenmenge wie bei der Lebensmittelkarte:	50 Gramm	Margarine
Salz:	75	Auslandsmargarine
	125	Reismehl
	75	Zucker
	125	Marmelade

Die Ware ist in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften zu entnehmen.

Auf Butterbezugskarte: 3/4 der höchstzulässigen Bezugsmenge und zwar 3 Teile in Butter und 1 Teil in Margarine.

Lübeck, den 25. Oktober 1919. (9084)

Das Landesverjorgungsamt.

Kartoffeln.

Am 27. Oktober bis 2. November dürfen auf Abchnitt 7 der roten Kartoffelkarte, Unterabchnitt A-7, je ein Pfund Kartoffeln entnommen und abgegeben werden.

Zumterhandlungen unterliegen den bestehenden Sitzbestimmungen.

Lübeck, den 25. Oktober 1919. (9125)

Das Landesverjorgungsamt.

Abt. II Städtische Kartoffelstelle.

Verkauf von Kartoffeln.

Am 27. ds. Mts. ab werktäglich von 8-2 Uhr Verkauf von Kartoffeln am Produktentzang.

Die Abgabe geschieht nur auf Grund der grauen Bezugskarte A und nur in Mengen von 1 1/2 Zentnern zum Preise von 18.- Mk.

Die Kasse befindet sich bei der Einmündung des Köpferweges in den Produktentzang.

Lübeck, den 25. Oktober 1919. (9135)

Das Landesverjorgungsamt.

Abt. II Städtische Kartoffelstelle.

Ausgabe von ausländischem Kochmehl.

Am Montag, dem 27. Oktober bis zum Freitag, dem 31. Oktober werden auf Abchnitt A der Brotkarte und auf die für Kinder unter einem Jahr ausgegebene Zusatzkarte wahlweise 250 gr 94%iges Weizenmehl zum Preise von 18 Pfennig oder 250 gr ausländisches Kochmehl zum Preise von 55 Pfg. abgegeben.

Ohne Eingabe der oben bezeichneten Abchnitte darf Mehl weder abgegeben noch entnommen werden, auch darf auf die in den Besonderen ausgegebenen Abchnitte Mehl nicht mehr abgegeben oder entnommen werden.

Lübeck, den 24. Oktober 1919. (9085)

Das Landesverjorgungsamt.

Ausgabe von Südecker Kamtabak.

In der Woche vom 27. 10. bis 1. 11. werden Kamtabakarten der Reihe B, C, D. nach dem folgenden Plan beliefert. Die einzelne Karte kann nur bei der angegebenen Verkaufsstelle vorgezeigt werden. Mit der Karte ist der Lebensmittelausweis des Inhabers vorzulegen.

Neuer Stadt.	
Reihe B 1499-1678	bei Math. Habel Ww., Se. Schöberg 35.
1678-1924	Carl Karl, Stollenstraße 21.
St. Gertrud.	
Reihe C	1-200 bei G. Eiland, Schöbergstraße 10.
	201-400 H. Peters, Brunnstraße 14.
	401-600 A. Rehboldt, Brunnstraße 30.
	601-800 J. Beck, Grüner Weg 65.
	801-1000 K. Hadschsky, Marktstr. 44.
	1001-1200 J. Eivars, Vg. Reihe 2.
	1201-1692 G. Harnack, Schöbergstr. 185.
St. Jürgen.	
D	1-200 H. Naas, Hagenburger Allee 43.
	201-400 H. Schütt, Auguststraße 14.
	401-600 G. Wills, Schöbergstraße 52.
	601-800 F. Eisermann, Greifenaustr. 6.
	801-1015 E. Storm, Bäderstr. 11/13.
Verkaufsstelle 40 Pfg. Abchnitt 4. (9131)	

Das Landesverjorgungsamt.

Bekanntmachung.

Die Beratungsstunden in der Sänglings- und Kleinkinderfürsorge I im Kinderhospital, Nahlhorststraße 31/33, finden in Zukunft am Mittwoch jeder Woche nachmittags von 2 bis 3 1/2 Uhr, die in der Sänglings- und Kleinkinderfürsorge IV, Heinrichstraße 19/21, am Donnerstag jeder Woche nachmittags von 2 bis 3 1/2 Uhr statt.

Lübeck, d. 25. Oktbr. 1919. 9103) Das Jugendamt.

Der dritte Teilbetrag der Grundsteuer

für 1919/20 ist für die Grundstücke in der Vorstadt St. Lorenz in der Zeit vom 21. bis 31. Oktober d. J. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. (9082)

Lübeck, d. 21. Okt. 1919. Die Steuerbehörde.

Hausdurchsuchungen

dürfen nur (9114) Dienstags und Freitags von morgens 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr vorgenommen werden.

Die Schlachthofverwaltung

Sprechstunden jetzt: 11-1 Uhr vormittags, besonders für Auswärtige, 3-4 Uhr nachmittags, außer Sonnabends.

9118) Dr. A. Ott, Spezialarzt f. Lungenleiden.

Zur Einmachzeit

verwende jede Hausfrau die seit Jahren beliebten Marken:

Echter Surol Essig Ceka

der beste der gesüßte

besonders preiswert und vorzüglich zum Einmachen und als Salat-Essig mit allen Gewürzen, fertig zum Gebrauch. Erspart jeden Zuckerzusatz.

In Originalflaschen überall erhältlich. - Man achte auf die Namen Surol und Ceka und weise Nachahmungen zurück. (9081)

Lübecker Essig- u. Senf-Fabrik Gebr. Buck & Wiegels G. m. b. H. Königstraße 100. Lübeck. Telephon 369.

Allen Respekt



Lavalin.

hat man vor dem vorzüglichen Schuhputz (9101)

überall zu haben.

Ausfuhrverbot für Hafer.

Die Ausfuhr von Hafer aus dem Bezirk des Kommunalverbandes Freie und Hansestadt Lübeck ist verboten. Ausnahmen sind nur mit besonderer Genehmigung des Landesverjorgungsamts, Abt. I, und nur dann zulässig, wenn der Abjender die Pflichtumlage erfüllt hat.

Lübeck, den 24. Oktober 1919. (9083)

Das Landesverjorgungsamt.

Regierung.

Bei der am 16. November d. J. stattfindenden Wahl zum Landesauschuss bilden die Dorfschaften Schürsdorf, Schürsdorf und Scharbeug den II. Wahlbezirk der Gemeinde Gleichendorf. Als Wahlvorsteher für diesen Bezirk ist ernannt der Gastwirt **Hilrich Schmidt** in Scharbeug und als dessen Stellvertreter der Gutner **Heinrich Böckmann** in Schürsdorf. Als Wahlort ist die Gastwirtschaft von **Frieda Lange** in Schürsdorf bestimmt. (9126)

Uring.

Bessere erfahrene **Klempner** und ältere erfahrene **Aufgeschweißer** stellen ein

Stanz- u. Emailierwerk vorm. Carl Thiel & Söhne Aktiengesellschaft. 9110

Visitenkarten

hergestellt an **Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 46.

Die neuen Postgebühren

(zünftig ab 1. Oktober 1919) Preis 25 Pfg. Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.**

Brauereien
Drauer & Wakenhals

Hansa-Brauerei A.G. Lübeck.

Heinrich Waller Breitestrasse 60 Herrenwäsche, Krawatten, Unterzeuge Hüte, Schirme usw.

Franz Schütt, vorm. Carl Hahn, Marktstr. 61 Schürsdorf - Lederarbeiten Spez.: Feinleder - Zerstärkt

Praktischer Wegweiser Erleichtert wahlweise die Geschäftszugangswegempfehlung

Vollerts Reisebüro Lübeck T 8868 Nordische Verkehrs-Zentrale

Lavaria-Brauerei Lübeck-Land

Trinkt Lübecker Vereins-Bräu

Schlößbrauerei Kiel Holtenauerstraße 2, Eckes-Schüsselband

Martha Bartky Richard Basedow Verlobte. (9105) Lübeck.

Grete Dehinde Paul Oldorp Verlobte. (9121) Lübeck, 26. 10. 19.

Karl Knöchel Lieschen Knöchel geb. Wendelborn Vermählte. Lübeck, 25. Okt. 1919. (9095)

Gesangverein Einigkeit. Unserm Mitgliede (9087) **H. Wilms u. Frau** zu ihrer am 26. Oktober stattfindenden **Silberhochzeit** die besten Glückwünsche senden. Der Vorstand.

Wegen Wohnungsmangel suche für sofort passende Logis für einige Bauhandwerker. Angebote mit Preis an **H. Möller, Kronenforster Allee 37b. Fernr. 1516. (9111)**

2 Bilder und Gaslampe billig zu verkaufen. (9094) **Sadomast. 17.**

1 Herren- u. Damen-Kab m. G. d. j. vert. (9089) **Strahlenstr. 27.**

40 prima **Ferkel** u. **Jugänger** v. 45 Mk an **P. Stäwe, Schönbornstr. 18**

5jähr. Knab.-Mant. j. vert. (9092) **Grüner Weg 18.**

1 Paar frächtige engl. **Schnürschuhe**, Gr. 43, 48 vert. **Meierstraße 7.**

Starke getr. **Schmittschiff**, 4. vert. (9106) **Marktstr. 42. I.**

Hiermit nehme ich das gegen Herrn **Weyer** Gesagte zurück. (9116) **M. Paasch.**

Neuzeit. Sonntagdienst (9100) Dr. Lorenz, Breite Str. 11. Dr. Pée, Pferdemarkt 14. Dr. G. Hofstaetter, Meiel. 1. 2.

Lohnarbeit und Kapital Von Karl Marx. Mk. 1.50.

Lohn, Preis und Profit Von Karl Marx. 75 Pfg.

Das Erfurter Programm Erläutert von Karl Kautsky. Mk. 1.20.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Nähmaschinen aller Systeme werd. schnell u. gut repariert **F. Lange, Krähenstr 27. (9090)**

Fremdwörterbuch Von A. Boneck. Mk. 1.60.

Buchhandlung Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919. Textausgabe mit Sachregister. Preis Mk. 1.10.

Buchhandlung Fr. Meyer & Co.

Kinderaufnahmen

Atelier **Lubeca**, 9091) Breite Straße 13. Beste Bezugsquelle für  **Blodwagen** in allen Größen, bis 8 Zentner Tragkraft, auch zerlegbar. (9077) **C. Bliessath Ww.,** Sub. Carl Landwehr Sandstraße 9.

Möbel

Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen-Einrichtungen sowie sämtl. Einzel-Möbel zu bekannt billigen Preisen. **Vereinigte Möbelfabrikanten,** 73 Königstraße 73. Fernr. 641. (9076)

Pelz-Haus

Fr. Zimmermann Beckergrube 50. I bietet an als besonders vorteilhaft große Posten **Alaskafuchs**, **Blaufuchs**, **Zobelfuchs** v. 200 Mk. an. **Skunks Canin**, **Blaufuch. Canin**, **Zobel Canin**, **Eleg. Kragen** und **Muffen** modernste Formen Mk. 45, 60, 75, 90, 125, 160. **Leichte Pelzhüte** Mk. 45, 90, 150. **Pelzfelle, Kinder-garnituren** in allen Preislagen. **Umarbeitungen** jetzt noch schnell und billig. (9072)

Reiner Rauchtak Dänischer Rauchtak Zigarren Deutsche u. engl. Zigaretten in versch. Preislagen. **Richard Förster,** 9086) **Schwart. Allee 13.**

Zum 9. November u. sonst. Parteifreilichkeiten empfehle den Parteigruppen und Vereinen **Rote Blumen und Rosetten** 8. Aufstecken, Zigarren- u. Zigarettenspitzen mit roten Blumen. **Wulfer geg. Ginf. v. 1.- Mk.**, die bei Bestellung wieder gutgef. werden. (9136) **H. Fuhrmeister, Silberstadt 7, Martinstan 9. 12.**

Carl Folkers Möbelmagazin 25 Mariesgrube 25. Vollständige **Wohnungseinrichtungen** Selbstgefertigte Arbeiten. **Größte Auswahl.** Billigste Preise. Weitgehendste Garantie. **Zimmereinrichtungen** stets vorrätig. **Fernsprecher 2734.**

Jeder trinkt Lübecker Bürgerbräu Aktienbrauerei Lübeck.

Waise Wilhelm Rahfoth Untertorve 113 Telephon 687 vorteilhafte Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen

Katzenburg Ratzeburger Aktien-Brauerei